Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

(Telephon Nr. 926.) Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. (Telephon Nr. 926.)

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,50. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile (oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 224. Donnerstag, den 25. September 1902. 9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die rothe Woche in München.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote.“)

Sozialdemokratischer Parteitag.

München, 20. September 1902.

Sechster Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

(Fortsetzung aus der Beilage.)

Ein Antrag von Parteigenossen in Hannover und Karlsruhe-Bruchsal: Die „Neue Zeit“ ist wieder in eine Monatsschrift umzuwandeln und der Bezugspreis möglichst billig anzusetzen, wird von Kolb-Karlsruhe befürwortet. Die „Neue Zeit“ sei zu theuer für die Arbeiter. Auch seien die Redaktionskosten zu hoch.

Kautsky-Berlin: Durch die vorangegangene Debatte bin ich gezwungen, in die Details des Redaktionsetats der „Neuen Zeit“ einzugehen. Er beläuft sich auf 10 000 Mk., wie bereits gesagt ist 3000 Mk. erhält Mehring, 2400 Mk. Wurm und 5000 Mk. meine Wenigkeit. Mehrings Thätigkeit besteht hauptsächlich in seinen Berliner Briefen, er ist also eigentlich ständiger Mitarbeiter, wie es früher Bernstein und Schippel waren, welche dasselbe Gehalt erhielten. Sie wollen doch aber nicht behaupten, daß Mehrings Mitarbeit quantitativ oder relativ minderwerthiger sei als die frühere Mitarbeit Bernsteins oder Schippels. Es ist mir das Gerücht zu Ohren gekommen, daß auch Bebel zu den ständigen Mitarbeitern gehöre und für zwei Artikel im Jahre 3000 Mk erhalte. Ich würde mich freuen, wenn ich Bebel für jeden Artikel 1500 Mk. zahlen könnte, in der That aber hat Bebel niemals ein Gehalt für seine Mitarbeiterschaft erhalten, sogar nie einen Pfennig Honorar für seine Artikel. (Hört, hört!) Der zweite Redakteur der „Neuen Zeit“ ist, wie gesagt, Wurm. Man könnte behaupten, für eine Wochenschrift seien zwei Redakteure etwas viel. Zu unserer Redaktionsthätigkeit kommen aber noch eine Reihe anderer Thätigkeiten, die sehr wichtig sind. Wir bilden eine Art Arbeitersekretariat für soziale Theorie, sogar eine Auskunftsstelle, einen Literaturnachweis für Studenten, Doktoren, ja, unter dem Siegel der Verschwiegenheit kann ich es Ihnen sagen, auch für Professoren. (Heiterkeit.) Diese Thätigkeit erstreckt sich auch nicht blos auf Deutschland. Weiter haben wir für die Erziehung eines schriftstellerischen Nachwuchses zu sorgen. Uns gehen häufig Manuskripte von jungen Leuten zu, die noch nicht im Stande sind, Brauchbares zu liefern, die aber viel versprechen, die man darauf aufmerksam machen muß, wie sie arbeiten, wie sie das Thema darstellen sollen ꝛc. Genosse Wurm hat daher sehr viel zu thun und liefert außerdem etwa 80 Druckseiten im Jahre Beiträge, die nicht besonders honorirt werden. Wem nun mein Gehalt zu hoch erscheint, möge sich nicht an meine Adresse wenden; ich habe nie etwas verlangt, was mir gegeben wird, geschieht freiwillig. Von den 5000 Mk. geht übrigens noch manches ab, so Alles, was ich an Büchern und Zeitungen für die Redaktion anschaffen muß, ferner etwa 150 Mk. Zulagen für Portokosten. Auch werden meine Artikel nicht besonders honorirt. Dazu kommt, daß unsere Redaktionsstellung für uns die materielle Grundlage bildet, die es uns ermöglicht, größere wissenschaftliche Arbeiten zu leisten. Wer heute vom Verkauf seiner wissenschaftlichen Werke leben wollte, müßte verhungern. (Sehr richtig!) Daher kommen für uns Sozialdemokraten nur zwei Arten der festen Stellung Betracht, eine Redaktion oder das Zuchthaus. Ich weiß, wofür Sie die „Neue Zeit“ halten, jedenfalls bietet sie uns die Grundlage für unsere wissenschaftliche Thätigkeit. Den Antrag bitte ich Sie abzulehnen. Wollen Sie die „Neue Zeit“ auf diese Weise billiger machen, dann müssen Sie ihren Umfang wesentlich verkleinern. Wir geben jetzt 4 Bogen für 50 Pfg. Mit 4 Bogen kann man aber nichts leisten. Mit den „Soz. Monatsheften“ kann die „Neue Zeit“ nicht verglichen werden. Sie haben einen reichen Mann hinter sich, der das Defizit bezahlt, während der Parteivorstand das Defizit der „Neuen Zeit“ möglichst beschränken will. Um das Defizit bei der „Neuen Zeit“ werden Sie nicht herumkommen, hoffentlich wird es Sie nicht mehr so nervös machen, wenn es den Reiz der Neuheit verloren hat. (Heiterkeit.) Sollten Reformvorschläge gemacht werden, die Erfolg versprechen, so werde ich zuerst dafür eintreten, den vorliegenden Antrag aber bitte ich abzulehnen.

v. Elm-Hamburg befürwortet den Antrag 47. Die Höhe des Redaktionsetats hängt mit der wöchentlichen Erscheinungsart zusammen. Wir haben auf unsere Anfrage jetzt eine Antwort bekommen. Unsere Anfrage bedeutete kein Mißtrauen gegen den Parteivorstand und die Redaktion der „Neuen Zeit“; es lag uns völlig fern, die Redaktionsgehälter herabmindern zu wollen. Man kehrt hier den Spieß um und verdächtigt uns. Wir sollten an dem Defizit der „Neuen Zeit“ schuld sein und haben den Nachweis geführt, daß wir gar nichts für das Defizit können. Die Redaktionsgehälter erscheinen mir nicht zu hoch. Wird aber für außerredaktionelle wissenschaftliche Arbeiten Gehalt gezahlt, so muß es auch extra verrechnet werden. Wissenschaftliche Arbeitern sollten überhaupt mehreren Genossen ermöglicht werden, nicht nur dem Genossen Kautsky. Das monatliche Erscheinen der „Neuen Zeit“ halte ich im Interesse ihres Absatzes für wünschenswerth.

Fischer-Hannover wünscht eine Verbilligung des Abonnementspreises, monatliches Erscheinen und populärere Redaktionsführung der „Neuen Zeit.“

Leutert-Apolda wünscht, daß das wöchentliche Erscheinen der „Neuen Zeit“ beibehalten werde. Die Heftchen sind sehr praktisch, man kann sie gut in die Tasche stecken und auf der Eisenbahn lesen. (Heiterkeit.) Sie ist auch als Wochenschrift aktueller.

Dr. David-Mainz wünscht die Beibehaltung der Wochenausgabe. Wir müssen eine Wochenschrift und eine Monatsschrift haben. Die Probleme mehren sich. „Neue Zeit“ und „Monatshefte“ müssen sich ergänzen. Es ist nun evident erwiesen, daß die Mitarbeiter der „Monatshefte“ nicht schuld am Defizit der „Neuen Zeit“ sind. Dieser Vorwurf ist von Adolf Hoffmann erhoben worden, durch ihn ist die ganze unerquickliche Debatte in Gang gekommen. Unsere Anfrage war die nothwendige Antwort auf diesen Vorwurf. Die Sonne war aber noch nicht untergegangen, als sich ein Mann berufen fühlte, in der „Leipziger Volkszeitung“ die gemeinsten Verdächtigungen auszustreuen.

Vorsitzender Singer: Ich kann nicht gestatten, daß Sie den Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ hier in die Debatte ziehen. Das können Sie nur auf Grund eines besonderen Antrages. Ich will die Meinung der Mehrheit darüber herbeiführen, ob meine Ansicht getheilt wird.

Die Majorität stimmt der Ansicht Singers zu.

David (fortfahrend): Ich wollte nur die Behauptung zurückweisen, daß hier Verdächtigungen erhoben seien, gegen die sich die Betroffenen nicht hätten vertheidigen können. Wenn sie mir darin zustimmen, so genügt mir das. Dieser ganz unqualifizirbare Vorwurf wurde wörtlich in der „Leipziger Volkszeitung“ erhoben. Das ist eine Perfidie, die wollte ich zurückweisen.

Voigt-Gommern: Ich habe die „Neue Zeit“ abbestellen müssen, denn wir in der praktischen Arbeit brauchen praktisches Material, und das ist uns in den „Sozialistischen Monatsheften“ gegeben, nicht aber in der „Neuen Zeit“.

Grunwald-Jena: Ich bedauere, daß hier die Debatte in Detektivart geführt wird. (Große Unruhe.)

Singer: Dieser Ausdruck war durchaus unpassend.

Grunwald: Ich will nur erklären, daß mir natürlich jede Beleidigung ferngelegen hat. (Große Heiterkeit.) Ich habe mich nur gegen die Form der Debatte gewendet. Es war dieselbe Methode, als wenn wir fragen wollten, wieviel die Redakteure der „Kommunalen Praxis“ oder die Uebersetzer für den Edelheimschen Verlag erhalten. Wir müssen es ablehnen, daß hier hochverdiente alte Parteigenossen auf den Präsentirteller bezüglich ihrer Magenfrage gelegt werden. (Große Heiterkeit.)

Bader-München: Der Antrag erreicht nicht das, was er will. Ihm liegt nur der Erfolg der „Sozialistischen Monatshefte“ zu Grunde. Aber an der Erscheinungsform der „Neuen Zeit“ liegt das Defizit nicht. Ich hielte es für richtiger, wenn für die Wissenschaftler dem Parteivorstand ein Fonds zur Verfügung gestellt werden könnte, damit die Genossen sich der wissenschaftlichen Thätigkeit widmen können, ohne Redakteure zu werden.

Wurm-Berlin weist die Behauptung zurück, daß die „Neue Zeit“ zu wenig Anregungen für die praktische Thätigkeit der Genossen gebe. Daß die „Monatshefte“ gegründet worden sind, hat innerhalb und außerhalb der Partei der Meinung Vorschub geleistet, daß es Leute giebt, die die „Monatshefte“ brauchen, weil sie das, was sie sagen wollen, in der „Neuen Zeit“ nicht sagen dürfen. Man lauert bei jedem Heft der „Monatshefte“ darauf, ob nicht ein die Spaltung der Partei einleitender Artikel darin steht. Die „Neue Zeit“ leidet nicht an Artikelmangel, sondern an Raummangel. Am liebsten wäre es uns, wir könnten statt zwei Bogen drei Bogen wöchentlich geben. (Als Redner Vergleiche mit den „Monatsheften“ ziehen will, wird er daran vom Vorsitzenden gehindert). Redner geht auf seine Redaktionsführung ein. Er könne die Mitarbeiter nicht mühlendammerisch anreißen. Eine Animirredaktion sei die Redaktion der „Neuen Zeit“ denn doch nicht. Schließlich bittet Redner, daß die Parteipresse mehr wie bisher Artikel, die Anregungen für praktische Thätigkeit geben, erwähnen oder abdrucken möge.

Bebel: Der vorliegende Antrag ist von zwei entgegengesetzten Richtungen gestellt. Bei Hannover war die Absicht, die „Neue Zeit“ möglichst zu fördern; die Tendenz des Antrages von Karlsruhe geht zur Genüge daraus hervor, daß man dort bisher für die „Neue Zeit“ nichts gethan hat, ja gegen sie gewirkt hat. (Hört! Hört!) Ich weiß auch noch mehr (Heiterkeit), will es aber nicht sagen. Jedenfalls aber erreicht der Antrag seinen Zweck nicht. Ein wissenschaftliches Organ kann nicht ein Massenorgan sein, wenn es auf der Höhe seiner Aufgabe stehen will. Wir brauchen aber eine möglichst aktuelle wissenschaftliche Revue, daher muß die „Neue Zeit“ wöchentlich erscheinen. Giebt es nun kein Mittel, das Defizit zu vermindern? David und Elm haben gewiß nicht direkt das Defizit dadurch verschuldet, daß sie für die „Monatshefte“ schrieben. Aber der Umstand, daß eine Reihe der hervorragendsten und bekanntesten Parteigenossen seit Jahren systematisch es vermeiden, für die „Neue Zeit“ zu schreiben, erweckt in der Partei den Eindruck, daß sie Gegner der „Neuen Zeit“ seien und wünschten, daß sie bankerott werde. In Bezug auf den Vorwurf, die „Neue Zeit“ sei zu wissenschaftlich, weist Redner an der Hand von drei Nummern nach, daß in ihr eine große Reihe praktischer und populärer Artikel enthalten sind. Bedenken Sie, daß durchschnittlich auf 4½ Hefte der „Neuen Zeit“ nur ein Heft der „Sozialistischen Monatshefte“ kommt, dann werden Sie zu einem andern Urtheil über den Werth der „Neuen Zeit“ kommen. Defizits machen alle derartigen wissenschaftlichen Revuen, mit Ausnahme höchstens solcher, die, wie Hardens „Zukunft“, auf Sensation berechnet sind. (Sehr richtig!)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird hierauf angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

v. Elm-Hamburg: Wir haben ausdrücklich erklärt, daß wir mit unserer Anfrage nicht beabsichtigten, gegen den Parteivorstand oder die Redakteure der „Neuen Zeit“ irgendwie vorzugehen. Die Bemerkung Grunwalds von der Magenfrage war also ganz ungehörig.

Hoffmann-Berlin: David hat behauptet, ich hätte gesagt, das Defizit der „Neuen Zeit“ sei durch die „Monatshefte“ verursacht. Ich habe nur erklärt, daß der Abonnentenstand der „Neuen Zeit“ infolge ihrer Boykottirung durch hervorragende Parteigenossen nicht die gewünschte Höhe erreicht.

Südekum-Dresden: Die persönlichen Angriffe Grunwalds brauche ich nicht zu beantworten, da sie von Grunwald stammen. Zur faktischen Berichtigung möchte ich nur bemerken, daß ich meine Uebersetzung des Buches von Vandervelde, bevor sie Edelheim annahm, zwei Parteiverlagen angeboten habe, die sie ablehnten, weil sie glaubten, damit seien keine Geschäfte zu machen. (Hört, hört!) Was die „Kommunale Praxis“ anfängt, so würde ich mich freuen, wenn sich Grunwald mit Walsch und mir in das Defizit dieses Blattes theilen würde. (Heiterkeit).

Heine-Berlin: Kautsky sagte, der Redaktionsstab der „Neuen Zeit“ sei hier angeschnitten von Denen, die die Gehälter der Redakteure zu hoch fänden. Ich habe diese Frage angeschnitten, aber ausdrücklich betont, ich hielte es für selbstverständlich, daß die Redakteure und Mitarbeiter anständig bezahlt würden. Wurm hat meiner scherzhaften Bemerkung, Bloch sei als Redakteur ein unausstehlicher Mensch, die Wendung gegeben, als hätte ich Bloch eines unanständigen Anreißerthums bezichtigen wollen; er hat von Mühlendammerthum ꝛc. gesprochen. Mit Rücksicht darauf, daß Bloch sich hier nicht selbst vertheidigen kann, halte ich es für meine Pflicht, zu erklären, daß ich diese Bemerkung so natürlich nicht gemeint habe. Wer ehrlich meine Ausführungen beurtheilte, mußte das auch daraus entnehmen. Kautskys Bemerkung war ja auch nur eine der beliebten Verdrehungen, um gegen Bloch Stimmung zu machen. Selbstverständlich habe ich nur sagen wollen, daß Bloch seine Pflicht als eifriger Redakteur thut, indem er Mitarbeiter zu gewinnen sucht. David hat einen Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ erwähnt. Da dieser sich auch gegen mich richtet, konnte man annehmen, daß David auch in meinem Namen sprach. Ich wollte daher nur erklären, daß ich eine Antwort auf diesen Artikel für unter meiner Würde halte. (Sehr gut!)

Eine längere Diskussion rufen die Anträge betr. die Inseratenbeilage der „Neuen Welt“ hervor. Ein Antrag richtet sich gegen den schwindelhaften Inhalt von Annoncen, ein zweiter will nur eine strengere Kontrolle der Inseratenbeilage.

Beide Anträge werden dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen.

Anträge auf Ermäßigung des Preises des „Arbeiter-Notizkalenders“ werden abgelehnt, nachdem sich Richard Fischer dagegen gewandt hatte.

Eine Anzahl Anträge stellen die schlechte künstlerische Ausstattung der „Maifestzeitung“ im letzten Jahre fest und wünschen für die Zukunft eine auf höherem künstlerischem Niveau stehende Ausstattung.

Singer giebt noch das Resultat der Wahlen zur Parteileitung bekannt.

In den Vorstand wurden gewählt: Bebel mit 176, Singer mit 175, Gerisch mit 175, Pfannkuch mit 174, Auer mit 174 Stimmen. (Ferner erhielten Rosa Luxemburg und Mehring als Vorsitzende je 1 Stimme.)

Zu Kontrolleuren wurden gewählt: Meister-Hannover mit 162, Kaden mit 155, Ehrhart-Ludwigshafen mit 147, Brühne-Frankfurt a. M. mit 146, Bock-Gotha mit 143, Koenen-Hamburg mit 139, Frau Klara Zetkin-Stuttgart mit 138, Geck-Offenburg mit 109, Pfarr-Berlin mit 103 Stimmen.

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

* * *

Nachmittagssitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um ½5 Uhr.

Die Kontrollkommission hat zum Vorsitzenden Meister und als Beisitzer zum Vorstand Eberhardt-Charlottenburg und Wengels-Berlin wiedergewählt.

Zum Punkt „Presse“ liegt nur noch der Antrag Emmel-Mühlhausen vor, für das neugegründete Mühlhauser Parteiblatt 20 000 Mark als Kaution zu stellen. Emmel-Mühlhausen bittet um Annahme des Antrages in der Form, daß er dem Parteivorstand zur nochmaligen Erwägung überwiesen wird. Der Antrag wird, nachdem der Parteikassirer Gerisch ihm widersprochen hat, gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Eine Anzahl Anträge, die eine stärkere Agitation gegen das Zentrum verlangen, werden durch die gepflogenen Debatten für erledigt erklärt.

Eine Reihe von Anträgen auf Herausgabe eines Wahlhandbuchs werden dem Parteivorstand und der Reichstagsfraktion zur Berücksichtigung überwiesen.

Es werden nunmehr die zur Alkoholfrage gestellten Anträge diskutirt. Eine Anzahl Anträge, welche wünschen, daß die Parteipresse der Alkoholfrage mehr wie bisher Aufmerksamkeit schenkt, begründet

Wolf-Bochum: Hier in München ist vielleicht ein ungeeigneter Boden, um in dieser Frage Bresche in die bisherigen Anschauungen der Parteitage zu legen. (Oho!) Mit schlechten Witzen kann man über die Frage nicht hinwegkommen. (Unruhe.) Wir wissen Alle sehr wohl, wenn wir ehrlich sein wollen, wie uns der Alkohol in unserer Agitation hindert. Wir wollen ja gar nicht die Agitation für die völlige Abstinenz, sondern die Aufklärungsarbeit über die Wirkungen des Alkohols. Durch die bisherige Stellungnahme des Parteitages, der solche Anträge stets durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt hat, haben sich viele Genossen bestätigt gefühlt in ihrem Laster. (Unruhe.) Ich meine selbstverständlich den übergroßen Genuß von Alkohol. In dieser Frage könnte die deutsche Sozialdemokratie sehr viel von anderen Ländern lernen.

Blos-Stuttgart: Ich glaube nicht, daß der Vorredner durch seine Ausführungen speziell hier in München Bresche gelegt hat, dazu waren sie nicht angethan. Welche Konsequenzen würde die Annahme dieser Anträge haben? Wenn man wissen will, was beabsichtigt wird, braucht man nur den „Korrespondenten der Abstinenzler“ zu lesen. Ich meine, der Alkoholgenuß muß, wie die Religion, zur Privatsache erklärt werden. Was ist denn Alkoholismus? Das ist doch ein ganz relativer Begriff; wo fängt denn die Gefährlichkeit des Alkohols an? (Heiterkeit.) Ich habe noch nie etwas davon gehört, daß bei den deutschen Arbeitern ein Trinkzwang herrsche, wie etwa bei den Studenten. Die Frage hängt mit den wirthschaftlichen Verhältnissen aufs engste zusammen. Die meisten Arbeiter haben gar nicht so viel übrig, um viel für Alkohol auszugeben. Im „Korrespondent der Abstinenzler“ wird zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten völlige Abstinenz und völlige Enthaltung vom Alkoholgenuß gefordert. Das wäre ein Eingriff in die persönliche Freiheit, wie er noch bei keiner Partei erhört war. Wir dürfen unsere Redakteure nicht zwingen, und gegen ihre Ueberzeugung für diese Sache Propaganda zu machen. Wenn im Herbst bei den Winzerfesten, wo sicher auch mal übertrieben, Durst getrunken wird, Alles vergnügt sein kann, dann müßte sich

der arme Parteiredakteur nach Hause drücken und in seinem Blatte eine Fastenpredigt über den Mißbrauch des Alkohols schreiben. (Gr. Heiterkeit.)

Parteisekretär **Pfannkuch**-Berlin befürwortet hierauf die Annahme der folgenden **Resolution Fischer**-Berlin:

Der Parteitag erkennt rückhaltlos die Gefahren an, die aus einem übermäßen Genuß alkoholischer Getränke für den Kampf um die politische und wirthschaftliche und damit die physische und geistige Befreiung der Arbeiterklasse entspringen;

der Parteitag ist aber nicht in der Lage, die Agitation für die völlige Abstinenz von alkoholischen Getränken als eine der Aufgaben der Partei oder die Verpflichtung zur Abstinenz als Voraussetzung für die Parteizugehörigkeit zu erklären:

die deutsche Sozialdemokratie ist eine politische Partei, die ihre politischen und wirthschaftlichen Grundsätze in ihrem Programm niedergelegt hat, daher muß es der Parteitag ablehnen, über Fragen ein Urtheil zu fällen, die, wie die Frage des Alkohols, in das Gebiet der Spezialwissenschaften gehören.

In der Erwägung, daß die deutsche Sozialdemokratie es von jeher als ihre Aufgabe betrachtet hat, die Arbeiterklasse nicht blos körperlich, sondern auch geistig und sittlich zu heben und sie so zur Führung ihres Befreiungskampfes immer mehr zu befähigen, erklärt der Parteitag die Anträge betr. die Alkoholfrage für erledigt.

Die Sozialdemokraten haben schon viel für die Erziehung der Bevölkerung gethan, wo sie dominirt, gehen die Rohheitsdelikte zurück. Ganz allgemein ist bei uns die Meinung, daß der übermäßige Genuß von Alkohol schädlich ist. Aber die Antialkoholiker wollen uns auf den Weg zur Abstinenz führen und dazu hat die Sozialdemokratie weder Beruf noch Neigung.

Eberhardt-Forst weist auf den Rückgang des Schnapsgenusses mit der zunehmenden Arbeiterbewegung hin. Besserung der wirthschaftlichen Verhältnisse werde das Uebel des übermäßigen Alkoholgenusses weiter mindern. Die Partei könne sich nicht auf Abstinenz festlegen. Der Schnapsfrage werde die Tabakfrage folgen. Er empfehle daher die Resolution Fischer zur Annahme.

Die Debatte wird durch einen Schlußantrag geschlossen.

Die **Resolution Fischer** wird mit großer Majorität angenommen.

Eine Resolution **Paul Hoffmann**-Hamburg verlangt, daß die Genossen sich der Betheiligung an allen möglichen Vergnügungs- und Unterhaltungsklubs enthalten. Es gebe sogar in Hamburg einen „Klub für Arbeitsscheue", der den ausschließlichen Zweck hätte, den zu suchen, der die Arbeit erfunden hat. (Große Heiterkeit.) Eine derartige Vereinsmeierei müsse aufhören.

Windhoff-Düsseldorf wendet sich gegen den Antrag. Viele Arbeiter, die Arbeiter-Gesang-, Radfahrvereinen und ähnlichen angehören, würden dann in ähnliche bürgerliche Vereine eintreten. Jeder Arbeiterverein könne zur Propagirung der sozialdemokratischen Ideen benutzt werden.

Metzger-Hamburg macht darauf aufmerksam, daß der Hamburger „Verein der Arbeitsscheuen" ein Ulkverein von einigen Gastwirthen und Geschäftsleuten sei, die mit der Partei absolut nichts zu thun hätten.

Der Antrag wird hierauf abgelehnt.

Frau **Weyl**-Berlin befürwortet in kurzen Worten die folgende Resolution:

Der Parteitag wolle beschließen: die Genossen zu verpflichten, im ganzen Lande Volksversammlungen abzuhalten, welche sich mit dem Fleischwucher beschäftigen und gegen die Politik der Lebensmittelvertheuerung zu protestiren haben.

Ferner: die sozialdemokratische Fraktion zu ersuchen, bei Eröffnung des Reichstags eine Interpellation über die Fleischnoth und Viehsperre an die Regierung zu richten; des Weiteren die sozialdemokratischen Gemeindevertreter zu ersuchen, die Abschaffung bezw. Sistirung des Octroi auf Fleisch und Fleischwaaren zu beantragen.

Die Resolution wird ohne Diskussion angenommen.

Schmidt-Frankfurt a. M. befürwortet die Annahme der folgenden Resolution:

Da unser Parteiprogramm mit in erster Linie auch die Einführung des Proportional-Wahlsystems für alle Wahlen fordert, so ist es Pflicht aller Parteigenossen, für die baldige Durchführung dieses Systems für alle Wahlen in Reich, Staat und Gemeinde nach Möglichkeit zu wirken. Unter keinen Umständen aber ist es zulässig, sich der allgemeinen Einführung dieses Systems zu widersetzen, mit dem Hinweise, daß die Frage jetzt bei den Gewerbegerichtswahlen aktuell werde. Die Proportionalwahl dürfe nicht verleugnet werden, wo sie allgemein eingeführt werden solle. Es sei beim Proportionalsystem wie beim Frauenstimmrecht. Man muß es fordern, obwohl man im Einzelfall davon einmal keinen Vortheil haben mag.

Parteisekretär **Pfannkuch** wendet sich gegen den Antrag Schmid, der überflüssig sei, weil ja das Programm das Prinzip des Proportionalwahlsystems festgelegt habe.

An der Diskussion betheiligen sich noch **Engler**-Freiburg in zustimmendem, **Kraus**-Chemnitz in ablehnendem Sinne.

Die Resolution Schmidt wird abgelehnt.

Vorsitzender **Singer**: Es liegt nunmehr folgende Resolution **Luxemburg** vor:

Der Parteitag verurtheilt aufs schärfste die Dienste, die dem russischen Zarismus von deutscher Seite in neuester Zeit geleistet werden und Deutschland in ein unwürdiges Verhältniß zu der russischen Reaktion stellen.

Der Parteitag spricht zugleich den unter den schwierigsten Verhältnissen ringenden russischen Genossen die wärmsten Sympathien und die aufrichtigste Bewunderung zu ihrem heldenmüthigen Kampfe aus. Der Parteitag erwartet, daß sich zu diesem Kampfe um die Niederwerfung der asiatischen Despotie das Proletariat aller Nationen, die unter dem Joche des russischen Absolutismus schmachten, einmüthig zusammenfinden müsse, um für das gesammte russische Reich demokratische Freiheiten zu erringen und zugleich die Kulturwelt endlich von dem größten Hort der Reaktion zu befreien, auf den die sehnsüchtigen Blicke aller kapitalistischen Regierungen gerichtet sind.

Die Antragstellerin spricht durch mich den Wunsch aus, daß wir die Resolution als Manifestation gegen die russischen Brutalitäten und zur Ehre und Bewunderung der russischen Genossen ohne Debatte einstimmig annehmen.

Der Parteitag beschließt unter lebhaftem Beifall demgemäß.

Wolderski-Berlin bittet um Annahme eines von vielen Berliner Delegirten und dem Parteivorstand unterzeichneten Antrags, der den Ausschluß Wildbergers aus der Partei vom 21. Oktober 1891 in Erfurt aufheben will.

Schmalfeldt-Bremerhaven beantragt, den Beschluß vom 21. Oktober 1891, soweit er sich auf die Berliner sogenannten Jungen" bezieht, überhaupt aufzuheben. Wir sind eine Partei der Brüderlichkeit, wir müssen es auch verstehen zu vergeben und vergessen. (Bravo!)

Der Antrag Schmalfeldt wird angenommen. (Bravo!)

Schulz-Magdeburg befürwortet die Annahme eines Antrags, Resolutionen, die auf dem Parteitag zur Verhandlung kommen sollen, zeitig genug zu veröffentlichen, damit Genossen, die sich der Materie beschäftigt haben, dazu Stellung nehmen und eventuell motivirte Abänderungsanträge dazu stellen können. Es liegt noch ein weiter gehender Antrag von Frau Lily Braun vor, auch die Referate vorher zu veröffentlichen. Sollte sich der Parteitag für diesen noch weiter gehenden Antrag entscheiden, so würde ich ganz meinen Antrag zurückziehen.

Pfannkuch-Berlin: Soweit es möglich war, ist dem Verlangen der Anträge auch bisher schon nachgekommen worden. Ganz strikte sich an die Weisung der Anträge zu halten wird nicht immer möglich sein. Molkenbuhr hatte z. B. bei seiner vielseitigen Thätigkeit kaum die Zeit gefunden, sein Referat auszuarbeiten. Das Beste wäre daher, Sie empfehlen die Gedanken der Anträge dem Parteivorstand zur Nachachtung und Beachtung.

Lily Braun-Berlin: Mein von Schulz erwähnter Antrag will nur, daß in der Regel Referate, die prinzipielle und organisatorische Fragen von dauernder Bedeutung behandeln, vorher veröffentlicht werden. Das würde sehr zur Vertiefung der Diskussion beitragen. Viele wissenschaftliche Gesellschaften haben dies Verfahren eingeführt, und wie mir Genosse Kautsky, der diesen Gedanken anregte, mittheilte, verfährt unsere italienische Bruderpartei stets so. Ich bitte Sie, wenigstens zu beschließen, daß die Grundzüge der Referate vorher erscheinen müssen

Pfannkuch: Was prinzipielle Fragen von dauernder Bedeutung sind, ist Ansichtssache, und organisatorische Fragen von dauernder Bedeutung giebt es überhaupt nicht Ich bitte Sie daher, auch diesen Antrag dem Vorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Schmidt-Frankfurt schließt sich den Ausführungen von Frau Braun an.

Der Antrag Schulz wird abgelehnt, der Antrag Braun dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Als Ort des nächsten Parteitages wird Dresden gewählt.

Singer: Unsere Arbeiten sind beendet. Ich bin sicher, daß ich aus dem Herzen Aller spreche, wenn ich den Münchener Genossen unseren wärmsten Dank für ihre dem Parteitag gewidmete Thätigkeit ausspreche. (Bravo!) Sie haben uns eine Reihe fröhlicher Tage in großartigster Gastfreundschaft bereitet, die brüderlich herzliche Uebereinstimmung der Münchener Genossen mit allen anderen Delegirten. Die Münchener Tage werden uns unvergessen bleiben. (Bravo!) Das bezieht sich auch auf die Arbeit, die wir geleistet haben. Unsere Gegner und ihre Presse haben geglaubt, daß hier auf dem Münchener Parteitag die Zerrissenheit und Spaltung der Partei ihren Hoffnungen entsprechend zur Wahrheit werden würde. Ich habe nicht die Hoffnung, unsere Gegner in dieser Beziehung belehren zu können. Sie haben uns so oft auseinanderfallen lassen, da kommt es auf einmal mehr nicht an. (Heiterkeit.) Wer aber die Verhandlungen objektiv verfolgt hat, wird anerkennen, daß von einer solchen Zerrissenheit nicht die Rede sein kann. In unserer Hauptthätigkeit, durch die Gesetzgebung die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zu verbessern, Zustände zu schaffen, die Deutschland in Wahrheit zu einem Kulturstaat zu machen, sind wir alle einig. (Bravo!) Redner giebt des Weiteren ein Bild der Verhandlungen. Auch für die Reichstagswahlen haben wir uns gerüstet und unseren Gegnern wird es klar geworden sein, daß der famose Gedanke der Koalition der sogenannten Oppositionsparteien von den Nationalliberalen bis zu den Sozialdemokraten bei keinem von uns Anklang findet. Was wir wollen, können wir nur erreichen gestützt auf eigene Kraft. Wir gehen einem kampfesreichen, aber, wie wir überzeugt sind, auch ruhmes- und siegesreichen Jahre entgegen. In diesem Jahre sind es 25 Jahre seit dem Erlaß des Sozialistengesetzes, das die Sozialdemokratie Bismarck zerrissen vor die Füße geworfen hat. Wie sie in dieser Zeit gewachsen ist, zeigt die zahlreiche Beschickung unseres Parteitages. Wir Alle aber geben uns am Schlusse dieser Verhandlungen das Gelöbniß, Alles aufzubieten, damit eine stattliche Zahl Sozialdemokraten in den Reichstag einzieht, daß man in der That ohne die Sozialdemokratie in Deutschland nichts mehr machen kann. Die Banner hoch, vorwärts zur Arbeit, vorwärts zum Sieg! Wie immer schließen wir mit dem Ruf, der heute als Sturmruf die Welt durchhallt, der aber dereinst ein Siegesruf sein wird: Die deutsche Sozialdemokratie, sie lebe hoch! (Die Delegirten stimmen begeistert in das Hoch ein und singen dann stehend die Arbeitermarseillaise.)

Schluß 6 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Wiederbeginn der Zollkommissions-Berathung. Wir lesen im „Vorwärts": Die zweite Lesung des Zolltarifs in der Zollkommission hat bereits in der ersten Sitzung nach den Ferien begonnen. Selbst die Regierung hatte nur mit einer rein geschäftsordnungsmäßigen Debatte über die Behandlung der Vorlage in zweiter Lesung gerechnet. Aber einzelne Zollparteien und auch die Regierung hatten ihre Bedenken gegen die Vorschläge der Subkommission aufgegeben, wohl in Rücksicht auf die Thatsache, daß es ja der Opposition unbenommen bleibt, gegen ein summarisches Verfahren ihrerseits jederzeit Maßnahmen treffen zu können. Und so kam es denn, daß schon in der ersten Sitzung die Getreidezölle bezw. die Zölle auf viele landwirthschaftliche Produkte einer Generaldebatte unterzogen wurden, die Abgeordneter Stadthagen mit einer dreistündigen Rede einleitete. Während dieser Rede befleißigten sich die Zöllner einer störenden Unruhe, die den Vorsitzenden hinderte, Stadthagens Rede im Zusammenhange hören zu können. Als er deshalb den Redner unterbrach, kam es in Folge des Mißverständnisses zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Stadthagen und dem Vorsitzenden, der sich durch einen Ordnungsruf gegen Stadthagens zutreffenden Bemerkungen zu wehren suchte. Die bereits eingebrachten Anträge der Subkommission zeigen, daß die Mehrheit gewillt ist, nur über die Positionen, bei denen Differenzen vorliegen, zu berathen, um zu einer Verständigung mit der Regierung zu gelangen. Daran ändert nichts die lächerliche Wiedereinbringung der Anträge des Bundes der Landwirthe durch den Abgeordneten v. Wangenheim, die nur dazu dienen sollen, die bäuerlichen Kreise im Banne des Bundes zu halten. Die Opposition sieht nicht diese agrarischen Uebergebote, sondern den Regierungsentwurf als das Grundübel an und richtet ihre Aufgabe auf seine Beseitigung. Davon wird sie durch die tollen Forderungen der Bündler nicht abgelenkt werden. Zu bemerken ist noch, daß als Stadthagen bei steigender Unruhe meinte, die Ruhestörer wollten die vorgetragenen Gründe nicht hören, Abg. Paasche den Zwischenruf machte: „Wir wollen sie auch nicht hören!" Verblüfft und schweigend hörte der Bündler v. Wangenheim die scharfen Angriffe des Staatssekretärs Grafen Posadowsky an, der heute sehr zuversichtlich auftrat; wahrscheinlich ist er des Rückzuges der Kommissionsmehrheit auf die Regierungsvorlage sicher!

Eine Vermehrung der Infanterie neben einigen Aufstellungen neuer Truppenkörper, namentlich bei der Artillerie, kündigt die „Militärzeitung", das Organ des Deutschen Offiziervereins, an. Das Blatt hält es für „unvermeidlich", daß schon in nächster Zeit die Heeresverwaltung mit der Forderung einer namhaften Erhöhung des Rekrutenkontingents und einer — wenn auch nicht bedeutenden — Vermehrung des Heeresstandes (für den Frieden) vor die Parlamente treten wird. — Die Ankündigung kommt gerade recht, um die Stimmung der Wähler für die nächsten Reichstagswahlen zu „verbessern".

Die Zolltarifkommission des Reichstages hat am Dienstag die zweite Lesung fortgesetzt und die Zollsätze für Hopfen und Hopfenmehl, Bäume, Sträucher und Pflanzen, Cycaswedel, Obst, Südfrüchte nach den Beschlüssen der ersten Lesung angenommen. Nur wird die Zollfreiheit für unverpackte Schiff- und Wagenladungen von Aepfeln und Birnen, die nach der Kommission für die Zeit vom 1. Oktober bis 15. November bestehen sollte, auf die Zeit vom 25. September bis 25. Nov. ausgedehnt und weiter wird im Interesse unserer Kolonien die Einfuhr frischer Bananen freigelassen. Staatssekretär von Thielmann ersuchte, aus dem Schweigen der Regierung zu manchen Zollpositionen nicht auf Zustimmung zu den beschlossenen Zollsätzen zu schließen. Wenn die Regierung bei jeder Position, wo eine „Unstimmigkeit" vorhanden sei, das Wort nehmen wollte, so würde sich die Debatte endlos hinziehen. Er wolle aber einzelne Abgeordnete auf solche „Unstimmigkeiten" aufmerksam machen, damit sie Anträge stellen könnten. Seitens der Kommission wurde dem Staatssekretär erwidert, daß man die „Unstimmigkeit" schon in der Kommission zu beseitigen wünsche und daß man daher eine Zusammenstellung darüber der Kommission zugehen lassen solle. Im weiteren Verlauf verhandelte die Kommission über die Zölle auf Gerbstoffe. Graf Posadowsky und Minister Möller traten für die Wiederherstellung der Regierungsvolage ein, aber die Kommission bestätigte die Beschlüsse zweiter Lesung. Es entspann sich dann eine Generaldebatte über die Fleischtheuerung, die aber noch nicht zu Ende geführt wurde. Ein Vertreter des Landwirthschaftsministers entwickelte den bekannten Standpunkt des Herrn v. Podbielski und erklärte, daß derselbe, nachdem eine süddeutsche Regierung eine Enquete in dieser Frage angeordnet, auch die preußischen Regierungspräsidenten mit Erhebungen über Umfang, Ursache, Wirkung und Dauer der jetzigen Fleischtheuerung beauftragt habe. Bis das Ergebniß vorliege, möge man von einer Erörterung der Frage absehen. Der bayerische Bundesbevollmächtigte meinte, daß die vorläufigen Ergebnisse der Enquete in Bayern die Behauptung der Redner der Linken nicht bestätigen. Hierauf wurde die Weiterberathung auf Mittwoch vertagt.

Kleine politische Nachrichten. Wie der „Hamb. Corr." offiziös meldet, ist sicher darauf zu rechnen, daß der Entwurf betr. die Rechtsverhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Handelsgewerbe dem Reichstage in nicht allzu langer Frist vorgelegt wird. — Der Generalsekretär des hochschutzzöllnerischen Zentralverbandes, Bueck, hat dem Präsidenten des deutschen Handelstages seinen Austritt aus dem Ausschuß des deutschen Handelstages, dem er seit 1889 angehört, angezeigt. — Ein Parteitag der bayerischen Zentrumspartei wird am Montag, 29. Dezember in München abgehalten werden. Nach dem „Bayer. Kur." liegt die Aufgabe dieses Parteitages in der Vorbereitung zu den nächsten Reichstagswahlen. — In der neuesten Nummer der „Zukunft" spricht Karl Jentsch von einem Grafen, der sich mit 6000 Mark eingeschätzt hatte, gegen die höhere Schätzung der Kommission reklamirte und schließlich 60000 Mark versteuern mußte. Warum wird der Name dieses Grafen nicht mitgetheilt, der sich so vornehm um das Zahlen der Steuern drücken wollte? — Der Termin zur Verhandlung über die Revision der im Leipziger Bankprozeß verurtheilten Angeklagten Exner und Dodel findet am 4. Oktober vor dem Reichsgericht statt. — Wegen Beleidigung des Verlegers der „Staatsb.-Ztg.", Bruhn, wurde der verantwortliche Redakteur der „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus", Kurt Bürger, zu einem Monat Gefängniß vom Schöffengericht in Berlin verurtheilt. — Der erste Kongreß deutscher Agenten tritt in Berlin am 26, 27. und 28. Oktober zu Verhandlungen zusammen. — Nach Meldungen aus Mazedonien ist die aufständische Bewegung dort im Zunehmen begriffen. An den Eisenbahn und Telegraphenanlagen wurden vielfach Verwüstungen angerichtet. — Aus dem Sandschak Novibazar drangen Albanesen in das Kopaorikgebirge in Serbien ein und griffen drei Stunden von der türkischen Grenze serbische Fuhrleute an, deren Ochsen und Wagen sie raubten. Zwei Fuhrleute wurden getödtet und drei als Gefangene fortgeführt. Als die Grenzwächter erschienen, entflohen die Räuber. — In Folge der andauernden Unruhen in Mittelamerika hat das Marine-Departement der Vereinigten Staaten beschlossen, in der Karibischen See ein ständiges Geschwader zu stationiren, das unter dem Kommando des Kontreadmirals Coghlan stehen soll. — Wie „Laffans Bureau" aus Peking meldet, hat die Untersuchung in der Angelegenheit der Ermordung der beiden britischen Missionare Bruce und Lewis ergeben, daß die chinesischen Behörden mitschuldig an der Ermordung sind. Der die Untersuchung führende Konsulatsbeamte theilt mit, daß der höhere chinesische Beamte, bei dem Lewis Schutz suchte, diesem die Thüre vor der Nase verschloß, so daß der Verfolgte der wüthenden Menge schutzlos preisgegeben war. Neuer Rachefeldzug gefällig?

Portugal.

Dementi. Die Berliner portugiesische Gesandtschaft bezeichnet das Gerücht von der Abtretung der Delagoabai oder irgend eines anderen Hafens in Afrika an England als unbegründet. Die portugiesische Regierung würde niemals zustimmen. Es hätten auch keine Verhandlungen zwischen Portugal und England über diese Angelegenheit stattgefunden.

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 24. September.

Frechheit, dein Name ist „Lübeckische Anzeigen"! Mit der ihnen erb- und eigenthümlichen „Keckheit" behaupten die unentwegt „ollen ehrlichen" „Lüb. Anz.", daß die Verhandlungen des Münchener Parteitages über die Alkoholfrage „auf das Schlagendste" beweisen, „daß die Sozialdemokratie im Parteiinteresse auf das Wohl der Arbeiter und ihrer Familien pfeift." — Solche dumme und freche Behauptung kann nur Jemand aufstellen, der entweder die Berichte über die Tagung in München nicht gelesen hat, oder aber zu beschränkt ist, um sie richtig zu verstehen. Das Arbeiterparlament hat die Alkoholfrage bekanntlich lediglich deshalb zu keiner Parteifrage gemacht, weil, wie es in der mit überwältigender Mehrheit angenommenen Resolution Fischer-Berlin heißt: der Parteitag nicht in der Lage ist, „die Agitation für die völlige Abstinenz von alkoholischen Getränken als eine der Aufgaben der Partei oder die Verpflichtung zur Abstinenz als Voraussetzung für die Parteizugehörigkeit zu erklären; die deutsche Sozialdemokratie ist eine politische Partei, die ihre politischen und wirth-

schaftlichen Grundsätze in ihrem Programm niedergelegt hat; daher muß es der Parteitag ablehnen, über Fragen ein Urtheil zu fällen, die, wie die Frage der absoluten oder relativen Schädlichkeit des Alkohols, in das Gebiet der Sozialwissenschaften gehören." Wenn die „Lüb. Anz." erst einmal den Inhalt dieser Resolution verstanden haben, wollen wir uns mit ihnen weiter einlassen und ihnen auch den positiven Nachweis führen, daß gerade da, wo die Sozialdemokratie festen Fuß gefaßt hat, der Alkoholteufel mit allen seinen unheilvollen Folgen, besonders auf strafrechtlichem Gebiete, das Feld hat räumen müssen. Wollen die „Lüb. Anz." ein Tänzlein wagen, nur zu, wir werden schon aufspielen!

Zu dem Leichenfund in Cuxhaven, worüber wir bereits in letzter Nummer berichteten, schreiben noch die „Itzehoer Nachrichten": Die Leiche des am Sonnabend in Cuxhaven gelandeten Architekten Wiswe ist Montag in einem Metallsarge mit der Bahn nach Lübeck überführt worden. Der Vater war selbst da, um die Leiche in Empfang zu nehmen. Wie wir erfahren, hat der junge Mann den Tod freiwillig gesucht und diese Absicht seinen in Lübeck wohnenden Eltern brieflich mitgetheilt. Derselbe war im Geschäft bei seinen beiden Onkeln in Lübeck thätig und sollte, da der eine Onkel aus dem Geschäft ausscheiden sollte, als Theilhaber eintreten. Die That ist bereits vor vier Wochen vollführt worden, und es ist anzunehmen, daß die Leiche bei den letzten Seemanövern vom Meeresboden aufgewühlt worden ist.

Ein kleines Schadenfeuer brach Dienstag Mittag im Hause Ziegelstraße 1e aus, wo das Dach in Brand gerathen war. Das Feuer war bereits gelöscht, als die Feuerwehr eintraf.

Arbeiterrisiko. Wie ein hiesiges Blatt zu berichten weiß, fiel am Sonntag Vormittag auf dem Dampfer „Kant" ein Heizer in den Raum, wobei er sich mehrere Rippen brach.

Schwartau. Achtung Parteigenossen! Am Donnerstag den 25. September, Abends 8½ Uhr, findet die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Auf der Tagesordnung steht: Stellungnahme zur Partei-Konferenz und Wahl von Delegirten. Die Genossen werden ersucht, möglichst vollzählig zu dieser Versammlung zu erscheinen.

Oldesloe. Arbeiterrisiko. Ein Arbeiter eines hiesigen Landmannes, der auf dem Boden beschäftigt war, stürzte aus einer Bodenluke auf die Scheunendiele hinunter. Der Verunglückte, ein 40jähriger Mann Namens Grede, erlitt einen Schädelbruch und starb sofort.

Lauenburg a. E. Arbeiterrisiko. Dem „H. F." wird von hier gemeldet: Vom hoch beladenen Erntewagen stürzte eine Feldarbeiterin in Lütau. Sie erlitt bedeutende Verletzungen an den Füßen.

Hamburg. Glücklich gerettet. Am Sonnabend wurden die auf den neuen Erdölwerken am Reiherstieg beschäftigten Arbeiter in große Aufregung versetzt. Der mit der Reparatur eines Tanks beschäftigte Schlosser Schnorr kletterte mittelst einer Leiter hinein. In dem Tank befanden sich aber giftige Gase in solcher Menge, daß Sch. bewußtlos zusammenbrach. Sein Kollege Arnold, sowie die Arbeiter Ganikowski und Kowalck, die ihm nacheilten, um ihn zu retten, wurden von einem gleichen Schicksal betroffen. Nun stiegen der Direktor der Erdölwerke, der Chemiker Dr. Richter und der Schlossermeister Kosch unter Anwendung von Vorsichtsmaßregeln in den Tank; es glückte, jedem der Verunglückten einen Tau um den Leib zu binden, worauf sie mit Hilfe der übrigen Arbeiter aus ihrer entsetzlichen Lage befreit wurden. Schnorr, dem der Schaum vor dem Munde stand, erholte sich erst nach einigen Stunden, konnte jedoch seiner Beschäftigung nicht nachgehen, die übrigen drei erholten sich schnell. — Den Schauplatz eines Mordanfalles bildete Sonntag die Bürgerweide. Ein unbekannter Mann erschien in dem Laden eines daselbst wohnenden Glasermeisters, zog, als er nach seinem Begehr gefragt wurde, einen Revolver, feuerte einen Schuß auf den Glasermeister ab und lief dann eiligst davon. Die Kugel ist dem Glasermeister in den Kopf gedrungen und hat eine lebensgefährliche Verletzung zur Folge gehabt. Von dem Thäter fehlt noch jede Spur.

Hamburg. Die Aussperrung der Klempner, die am 13. Juni d. Js. begann, ist nunmehr, nach 102 Tagen, von den Gehilfen für beendet erklärt worden. Die Sektion der Klempner Hamburgs, Mitgliedschaft des Deutschen Metallarbeiterverbandes, hielt Dienstag Abend eine Versammlung ab, in welcher nach längerer Debatte folgende Resolution mit großer Majorität angenommen wurde:

„Die heute, am 23 September 1902, tagende Mitgliederversammlung der Klempner erklärt die Aussperrung für beendet, hält aber darauf, daß der Zuzug von Klempnern, Metalldruckern, Installateuren und Rohrlegern nach Hamburg noch fernzuhalten ist, da noch 110 an der Aussperrung Betheiligte arbeitslos sind. In Folge dieses Beschlusses wird in die Ausgesperrtenliste Keiner mehr eingetragen. — Die Unterstützung soll, vom 20 September an gerechnet, noch vier Wochen ausgezahlt werden. Nach Ablauf dieser Zeit werden die Kollegen auf die Arbeitslosenunterstützung verwiesen, jedoch unter Hinwegfall der statutarischen Karenzzeit. — Die Versammlung verpflichtet die Kollegen, jeden Versuch, unseren vor zwei Jahren anerkannten Lohntarif zu durchbrechen, zurückzuweisen und der Ortsverwaltung sofort Mittheilung davon zu machen."

Hierauf wurde noch die Unterstützungsfrage geregelt. Die noch eingehenden Extrabeiträge sollen für Aufbesserung der Unterstützungssätze Verwendung finden.

Letzte Nachrichten.

Kattowitz. Hochzeit und Drama. Ein furchtbares Brandunglück ereignete sich, der „Kattowitzer Ztg." zufolge, in der russischen Ortschaft Werbze. Ein Haus, in dem Hochzeit gehalten wurde, stand plötzlich in Flammen und ehe die bestürzten Gäste sich zu retten vermochten, waren sechzig von ihnen den verheerenden Flammen zum Opfer gefallen, darunter auch die Braut und deren Mutter, außerdem haben noch viele Personen schwere Brandwunden erlitten.

Reichenberg i. B. Luftballon-Unglück. Bei der Landung explodirte ein hier von Wien eingetroffener Luftballon, wobei 30 Personen verletzt wurden.

Durch die glückliche Geburt einer kräftigen Tochter wurden hocherfreut
H. Ahrens u. Frau, Stockelsdorf.

Statt besonderer Meldung.
Nach langen schweren Leiden entschlummerte Dienstag Abend 10½ Uhr still und friedlich unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Grossmutter
Frau Auguste Neukirch,
geb. **Weiss.**
Im Namen der Hinterbliebenen:
Otto Friedrich u. Frau Gusta,
geb. Neukirch.

Heute Morgen 4½ Uhr starb nach vierwöchentlichem starkem Leiden meine geliebte Frau
Wilhelmine, geb. Höper,
in ihrem 34 Lebensjahre
Tief betrauert von mir und meinen Schwiegereltern.
C. Mallwitz. H. Köper u. Frau.
Die Beerdigung findet am Sonnabend den 27. September vom Trauerhause, Pelzerstraße 13, aus statt.

Zum 1. Okt. zu verm. oder zu verkaufen eine **Krämerei** mit all. Zubehör, schöner heller Laden, passend für jedes Geschäft, 2 Stuben, Küche, Kell. und gr. Boden u. s. w. Ludwigstraße 43.

Zu verm. 1 leeres Part.-Zimmer
event. möblirt Wallhoffstraße 27, Holstenthor.

Zu vermiethen zum 1. Januar die 1. Etage, 3 Zimmer und Zubehör, Preis 260 Mk.
Dornestraße 47.

Ein großes leeres Zimmer
mit Vorplatz Stavenstraße 8.

2 Wiegen, 1 Sitz- und Liegewagen
zu verkaufen.
Steinraderweg 19a, 1. Etg.

A. L. Mohr Margarine
bester Ersatz für Naturbutter
à Pfund 50, 55, 60, 65 und 70 Pfg.
bei Abnahme von mehreren Pfunden billiger
August Holst
Margarine-Spezialgeschäft Laden links
Kupferschmiedestr. 7.

Kartoffeln
feinste französische
Eierkartoffeln
100 Pfund 3 Mk., Faß 50 Pfg.
ff. Magnum bonum
100 Pfund 2,30 Mk., Faß 35 Pfg
Karl Voss
Filiale: Mühlenbr. 4a. Holstenstr. 27.
Fernsprecher 212.

Ein drei Mal donnerndes Hoch zu **Heinr. Lüthgens** am 24. September stattfindenden Geburtstag.

Visit-Karten
auf ff. Elfenbeinkarton
per 100 Stück von 1 Mk. an.
liefert prompt und sauber
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Ia. brauner schwed. Holztheer
soeben eingetroffen und billigst abzugeben in Original-Fässern und lose
Hafen-Drogerie Georg Bornhöfft
(vorm. W. G. Böhndel)
Untertrave 44/45 bei der Drehbrücke.

Vorschuß- u. Spar-Verein
Zur Erleichterung des Verkehrs mit den Einlegern sind folgende Annahmestellen eingerichtet:
bei:
Moislinger Allee 2c, Herrn **H. Düster,** St Lorenz-Apotheke.
Schwartauer Allee 31 „ **Heinr. J. Uter.**
Cronsforder Allee 12b „ **J. C. Uter.**
Wakenitzstraße 5c „ **A. J. H. Fick.**
Roeckstraße 16 „ **H. H. C. Schmedtto** St Gertrud-Apotheke.
Lübeck, den 22. September 1902.
Der Vorstand.

Zur bevorstehenden Saison bringe allen
Möbelkäufern
mein reichsortirtes Lager nur
gut gearbeiteter
Möbel u. Polsterwaaren
in empfehlende Erinnerung.
Folckers Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25.

Brennholz
trockene, kurz gesägte schwedische Plankenenden
per Sack 75 Pf., 5 Sack 3,50 Mk.
Fischergrube 52.

Groß. Gänseverkegeln
am Sonntag den 28. Septbr.
in Recknagel's Restaurant
Geniuerstraße 30.
Neue Kugeln und Kegel.
Alle Freunde und Gönner ladet ergebenst ein
Aug. Recknagel.

Umzugs-
halber
Räumungs-Ausverkauf
Sämmtliche Manufaktur-Waaren,
Herren-, Knaben- und Arbeiter-Garderoben
mit 15% Rabatt.
Bettfedern und Daunen während des Ausverkaufs
mit 10%.
Wilh. Bartelt,
11 Johannisstrasse 11.
Ende d. Mts. verlege ich mein Geschäft nach **Breitestrasse 25,** gegenüber der Beckergrube.

Aepfel
und
Birnen
in größter Auswahl
beides Pfd. von 5 Pf. an
Karl Voss
Holstenstraße und Mühlenbrücke.

Fertige Betten.

Bett Nr. 1		Bett Nr. 2.		Bett Nr. 3.		Bett Nr. 4.	
Kissen	1.25 Mk.	Kissen	1.50 Mk.	Kissen	1.90 Mk.	Kissen	3.10 Mk.
Pfühl	2.00 Mk.	Pfühl	2.75 Mk.	Pfühl	3.25 Mk.	Pfühl	4.90 Mk.
Oberbett	5.00 Mk.	Oberbett	6.75 Mk.	Oberbett	8.50 Mk.	Oberbett	14.75 Mk.
Unterbett	4.75 Mk.	Unterbett	7.25 Mk.	Unterbett	8.75 Mk.	Unterbett	12.25 Mk.
Zusammen	**13.00** Mk.	Zusammen	**18.25** Mk.	Zusammen	**22.40** Mk.	Zusammen	**35.00** Mk.

Bett Nr. 5.		Bett Nr. 6.		Bett Nr. 7.		Bett Nr. 8.	
Kissen	4.00 Mk.	Kissen	4.25 Mk.	Kissen	4.25 Mk.	Kissen	5.50 Mk.
Pfühl	5.75 Mk.	Pfühl	7.50 Mk.	Pfühl	5.75 Mk.	Pfühl	10.00 Mk.
Oberbett	17.50 Mk.	Oberbett	18.75 Mk.	Oberbett	17.50 Mk.	Oberbett	25.00 Mk.
Unterbett	14.75 Mk.	Unterbett	19.50 Mk.	Unterbett	14.75 Mk.	Unterbett	25.00 Mk.
Zusammen	**42.00** Mk.	Zusammen	**50.00** Mk.	Zusammen	**42.25** Mk.	Zusammen	**65.50** Mk.

Rudolph Karstadt, Lübeck.

Warenhaus Hansa.

Täglich Eingang von

Herbst-Neuheiten.

Miethe-Quittungs-Formulare
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

„Stadt Stockholm"

Engelsgrube 87.

Täglich

Großes Konzert

ausgeführt von dem **Mandolinen-Ensemble „Bosarminos"** (3 Damen 2 Herr) in mexikanischer Nationaltracht.

Eintritt frei. **Eintritt frei.**

J. Westendorf.

Panorama

(Filiale Berlin, Passage)
Breitestrasse 53. 1. Etg.
Diese Woche ausgestellt:

Schweiz.

Reise von Schaffhausen bis zum Genfer See.

Jeden Tag von 10—1 und von 2—10 Uhr geöffnet.
Entree 30 Pfg., Kinder 20 Pfg., 5 Reisen 1 Mk.

Wo amüsirt man sich?
Im gemüthlichen

Apollo-Theater

(Fünfhausen).
Heinr. Kalnberg's hochinteressantes Elite-Spezialitäten-Programm.
Anfang der Vorstellung präzise 8 Uhr.
Billige Vereins-Billets im Vereinshause.

Circus Variété Reuterkrug.

Nur noch 6 Tage das mit durchschlagendem Erfolg gekrönte

Eröffnungsprogramm

Freitag den 26. September: **Großer**

Elite-Familien-Abend.

Alois Pöschl neuen **Vorträgen.**
Anfang präz. 8 Uhr. Kassenöffn. 7 Uhr.
Vorverkauf an den bekannten Stellen bis Abends 6 Uhr und an der Circuskasse von 11—1 Uhr Morgens.

Sarg-Magazin

Grösstes Lager am hiesigen Platze, bekannt billige Preise.

Fernsprecher 427. **Gebr. Müter**

obere Mühlenstraße 13 und kurze Königstraße 116a.

Stets Neuheiten in Perl- und Metallkränzen.

Eiserne Grabkreuze.

Ueberführung von und nach Auswärts mit eigenem Wagen.

Sämmtl. Spirituosen in Gebinden, Flaschen u. im Kleinverkauf bei J. C. Müller, Cronsforder Allee 51.

Verantwortlicher Redakteur Otto Friedrich — Verleger: Theodor Schwartz — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 224 — Donnerstag, den 25. September 1902. — 9. Jahrgang.

Die rothe Woche in München.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote.")

Sozialdemokratischer Parteitag.

München, 20. September.

Sechster Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 8½ Uhr und verliest folgende Erklärung Welkers: Der Genosse Bebel hat mir gestern vorgeworfen, ich hätte in meinen Ausführungen die Glaubensfreiheit angegriffen. Ich habe im Gegentheil behauptet, daß die Gewissensfreiheit noch nicht garantirt wird durch die Trennung der Kirche vom Staat, sondern daß die große Gewalt, die die Kirche auch ohne staatliche Unterstützung auf die Gemüther ausübt, gebrochen werden muß.

Die Verhandlungen werden fortgesetzt mit der Debatte über den Antrag Frau Zietz-Hamburg:

Der Parteitag möge erklären:

„Durch das Organisationsstatut, welches der Parteitag zu Mainz der sozialdemokratischen Partei gegeben hat, wird in keiner Weise das vom Parteitag zu Gotha den Frauen zuerkannte Recht berührt, zur Betreibung einer einheitlichen und planmäßigen Agitation unter den proletarischen Frauen eigene Vertrauenspersonen zu wählen."

Kimmel-Hamburg wendet sich gegen den Antrag und empfiehlt folgende Resolution:

Im Anschluß an die vom Parteitag in Mainz angenommene Resolution 72, die von Berliner Genossinnen gestellt war und bezweckte, daß die bisherige Organisation der weiblichen Vertrauenspersonen in den Staaten aufrecht erhalten werden solle, in denen den Frauen die öffentliche Theilnahme an der politischen Thätigkeit versagt ist, erklärt der Parteitag, daß mit der Annahme der oben erwähnten Resolution die Beibehaltung der Organisation der Genossinnen unter eigenen Vertrauenspersonen neben den allgemeinen Parteiorganisationen in den Bundesstaaten, in denen der Mitgliedschaft der Frauen an den bestehenden Parteiorganisationen gesetzlich nichts im Wege steht, keine Berechtigung mehr hat. Den Genossinnen wird vielmehr recht rege Betheiligung an Letzterer empfohlen.

Der Antrag würde eine Zersplitterung der Kräfte zur Folge haben; es denken auch nicht alle Genossinnen in Hamburg so wie Frau Zietz. Prinzipiell bedeutet der Antrag Zietz die Anerkennung einer männlichen und einer weiblichen Partei. Ich bin ja durchaus für die Emanzipation der Frauen. Meine Freunde in Hamburg sagen zwar, das machst Du noch mit, weil Du noch nicht verheirathet bist. (Große Heiterkeit) Ich bin aber doch der Meinung, daß wir gemeinsam marschiren müssen.

Koenen-Hamburg: Ich bedauere es, daß Frau Zietz diese rein lokale Angelegenheit vor das Forum des Parteitages gezerrt hat. Wir haben vergebens versucht, uns in Hamburg zu verständigen. Es hat sich dort gezeigt, was der Dichter sagt: man kann im Herzen Minne tragen und doch mit Kolben um sich schlagen. (Heiterkeit) Wir sind der Meinung, daß die besondere Organisation der Frauen nur aufrecht erhalten werden soll, um den Genossinnen ein besonderes Mandat verschaffen zu können. In Hamburg können wir aber sehr gut gemeinsam arbeiten, man braucht da keine Extrawurst. Wir haben stets die Frauen bei der Agitation berücksichtigt, wir haben sie schlicht und recht, groß und klein, hoch und niedrig, erster und zweiter Güte so genommen, wie sie waren. (Große Heiterkeit.) Aber Frau Zietz pfuscht uns stets ins Handwerk. Wir können nicht anerkennen, daß die Frauen in Hamburg besondere Erfolge errungen hätten. Die Volksversammlungen, die wir glücklich beseitigt haben, sind von den Frauen glücklich wieder eingeführt worden. Wenn Frau Zietz im Triumphzuge durch Deutschland zieht, kann sie nicht Vertrauensperson in Hamburg sein. Das haben wir ihr schon gesagt, aber sie scheint es nicht zu verstehen.

Frau Zetkin-Stuttgart: Ich muß die Genossin Zietz gegen den Vorwurf, sie halte Triumphzüge durch Deutschland, in Schutz nehmen. Wer Frau Zietz kennt, weiß, welche aufopfernde Thätigkeit sie in der Agitation entwickelt. (Sehr richtig!) Es ist deshalb auch sehr übel angebracht, in so höhnischer und spöttischer Weise von dieser aufopfernden Thätigkeit zu sprechen. Kommen sagte, Frau Zietz wolle mit der Sonderorganisation sich das Mandat zum Parteitag sichern. Frau Zietz ist in ganz Deutschland bekannt und geschätzt, sie kann überall ein Mandat haben. Zur Sache ist zu sagen, daß die Frauen auch in Hamburg keine Sonderbündelei treiben wollen. (Bebel: Sehr richtig!) Es handelt sich wirklich nicht um die Errichtung einer Weiberstaates. (Sehr richtig!) Es handelt sich um die Theilung der Arbeit. Es liegt im weiblichen Charakter, daß sie zu einer Geschlechtsgenossin mehr Vertrauen faßt. Es ist Thatsache, daß da, wo Frauen freies politisches Betheiligungsrecht haben, sie erst dann zahlreicher in die Wahlvereine eintreten, wenn irgend ein organisirter Mittelpunkt in Gestalt einer weiblichen Vertrauensperson vorhanden ist. (Beifall).

Stubbe-Hamburg bestreitet, daß sich die Hamburger Genossen der Ansicht der Frau Zietz angeschlossen hätten. Die Resolution Zietz ist überflüssig. Wir können vom Wahlverein aus viel besser die Agitation leiten, als mit dem System der Vertrauenspersonen. Von den 900 Genossinnen arbeiten nur wenige in der Agitation mit. Sie wollen nur die oberen Posten annehmen, aber die unteren nicht. Es besteht wirklich ein Nebeneinander, es wird eine Zersplitterungen der Versammlungen herbeigeführt. Es besteht in Hamburg ein wildes Durcheinander. Der Vorstoß der Frau Zietz wird Streitigkeiten unter den Hamburger Genossen hervorrufen. Lassen Sie es bei dem Mainzer Beschluß und lehnen Sie beide Resolutionen ab.

Die Diskussion wird durch einen Schlußantrag geschlossen.

Frau Zietz-Hamburg (persönlich): Ich habe niemals behauptet, daß wir in Hamburg von den männlichen Parteigenossen nicht genügend in der Agitation unterstützt sind. Meine Resolution bezweckte nur eine richtige Interpretation der Resolution 72 vom Mainzer Parteitag. Was den Vorwurf betrifft, ich stellte den Antrag nur, um mir ein Mandat zu ermöglichen, so hat Frau Zetkin bereits das Nöthige dazu gesagt. Was die sonstigen Unterstellungen persönlicher und gehässiger Natur betrifft, darauf zu antworten, holte ich unter meiner Würde. Ich denke, die Genossen, welche mich kennen, wissen, daß sie auf Unwahrheit beruhen. (Bravo!)

Der Antrag Zietz wird hierauf angenommen.

Es folgt die Berathung der Anträge zur Presse.

Ein Antrag der Agitationskommission und des Wahlvereins für die Provinz Posen: „Die in polnischer Sprache in Posen erscheinende Wochenschrift „Gazeta Ludowa" aus der Parteikasse finanziell zu unterstützen," wird von Gogowski-Posen begründet.

Bebel ersucht, den Antrag dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen. Eine Unterstützung dieses Blattes könne erst in Frage kommen, wenn die Verhandlungen mit den Polen gescheitert seien.

Der Antrag Bebel wird angenommen.

Ein Antrag von Parteigenossen in Karlsruhe: „In Erwägung zu ziehen, ob es sich nicht empfiehlt, für Parteiorgane in der Provinz einen den Raumverhältnissen dieser Blätter entsprechenden Reichstagsbericht von Parteiwegen herstellen zu lassen," wird auf Antrag Kolb-Karlsruhe ebenfalls dem Parteivorstande zur Erwägung überwiesen.

(Die Fortsetzung des Berichtes befindet sich im Hauptblatte. Die Red.)

Soziales und Parteileben.

Die Nummer 16 des „Ostpreußischen Landboten" war vor einigen Wochen konfiszirt worden, weil darin bei Besprechung des Falles Löhning das preußische Beamtenthum beleidigt worden sein sollte. Jetzt sind die beschlagnahmten Exemplare wieder freigegeben und dem Eigenthümer zurückgebracht worden.

Vom Schlachtfelde der Arbeit. Die Zahl der bei der Ausübung ihres Berufes in Preußen zu Tode gekommenen Bergleute ist, wie der „Frankf. Ztg." aus dem Oberbergamtsbezirke Dortmund geschrieben wird, in keinem Jahre, trotz vorgekommener Massenunglücke, so groß gewesen, wie 1901. Das Jahr 1900 wies 1053 tödtlich Verunglückte auf das Jahr 1901 hatte 1209. Der zehnjährige Durchschnitt ist 887. Die Verunglückungen haben gegen das Vorjahr um 14,81 Prozent zugenommen. Beim Steinkohlenbergbau stieg die Verunglückungsziffer von 2247 auf 2341 gegen das Vorjahr. Es kam beim Steinkohlenbergbau auf einen tödtlich Verunglückten eine Fördermenge im Werthe von 1 045 222 Mark im Bezirk Breslau, 81 045 Mk. im Bezirk Halle, 1 229 126 Mk. im Bezirk Clausthal, 845 190 Mk. im Bezirk Dortmund, 1 566 069 Mk. im Bezirk Bonn. Die meisten Verunglückungen wurden durch Stein- und Kohlenfall herbeigeführt, nämlich 431 gegen 403 im Vorjahre; in blinden Schächten sind 147, in zu Tage gehenden Schächten 118, bei der Schießarbeit in bösen Wettern 60, durch Schlagwetterexplosionen 59, bei der Streckenförderung 57, über Tage 181 zu Tode gekommen.

Bei den Teplitzer Gewerbegerichtswahlen sind die Kandidaten der Deutschnationalen durchgefallen. Zum größten Theil wurden Sozialdemokraten gewählt.

Ueber den Münchener Parteitag veröffentlicht Genosse Vandervelde, der bekanntlich den Verhandlungen von Anfang bis zu Ende beiwohnte, im „Peuple", unserem Brüsseler Parteiorgan, einen für die deutsche Sozialdemokratie sehr schmeichelhaften Artikel.

Die Beseitigung des Koalitionsrechts durch die Rechtsprechung. Ein „christlicher" Arbeiter, der Berliner Zimmermann Keye, hatte den Zimmermann Gutzmer auf Schadenersatz verklagt, weil Gutzmer seiner Zeit im Namen seiner organisirten Kollegen dem Zimmermann Wernitz mitgetheilt hatte, daß sie mit dem unorganisirten Zimmermann Keye nicht zusammen arbeiten möchten. Deshalb war G. schon strafrechtlich wegen Erpressung und Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung verurtheilt worden. Die Zivilklage wurde vom Amtsgericht abgewiesen. Das Landgericht aber hat dem Keye einen Schadenanspruch gegen Gutzmer in Höhe von 23,42 Mk. nebst Zinsen zuerkannt. — Das Urtheil ist bezeichnend für die rechtliche Sicherung des Koalitionsrechts und für die Praktiken der „Christlichen".

Polizeilicher Unternehmerschutz in Schweden. Der Sozialdemokrat N. E. Fast befindet sich zur Zeit auf einer Agitationsreise in Nordland. Kürzlich sollte er in Sollefta sprechen, wo sich ein großes Sägewerk mit ca. 1000 Arbeitern befindet, und da kein Lokal zu haben war, wurde die Versammlung an der Landstraße abgehalten. Mitten während des Vortrages erschien plötzlich der Lensmann und erklärte Fast auf Grund des Betteleigesetzes für verhaftet. Es nützte nichts, daß unser Parteigenosse nachwies, daß er genügend Geld in der Tasche hatte, er mußte mit auf die Polizeistation und die Versammlung löste sich auf. Selbstverständlich wurde gegen den Lensmann Anklage erhoben. Bei einem ähnlichen Vorfall, der vor einigen Jahren während des großen Holzarbeiterstreiks in Sundsvall passirte, wo der Norweger Nynäs verhaftet wurde, verurtheilte das Gericht den schuldigen Lensmann zu 300 Kr. Geldstrafe und Schadenersatz für den verhafteten Agitator.

Die französische Arbeiterpartei (Guesdisten) hält gegenwärtig ihren Jahreskongreß in Issoudin im Departement Indre ab. Auf der Tagesordnung stehen außer den verschiedenen Parteiberichten folgende Punkte: Die Ergebnisse und Lehren der Wahlkampagne, das Funktioniren der revolutionären sozialistischen Vereinigung, die Gründung eines täglich erscheinenden Zentralorgans, die Kongregationen und der Klerikalismus, das Agrarprogramm und die Landagitation. — Unmittelbar im Anschluß an diesen Kongreß findet vom 26. bis 28. d. M. in Commentry (Departement Allier) im Rathhaussaal der Kongreß der sozialistischen Partei Frankreichs (der sozialistisch-revolutionären Vereinigung) statt. Die provisorische Tagesordnung enthält folgende Punkte: Berichte des Zentralrathes und der sozialistisch-revolutionären Kammerfraktion, Berichte der Föderationen, die Wahlkampagne von 190[illegible] und ihre Folgen, Thätigkeit der Vereinigung; der Kongreß zu Amsterdam 1903.

Aus Nah und Fern

„Arbeitswillige" im Spezialwagen. Die Firma Borsig in Tegel legt eine wahrhaft rührende Sorgfalt für ihre Arbeitswilligen an den Tag. Jetzt läßt sich dieselben schon in einem Spezialwagen der Straßenbahn befördern. Kurz vor Arbeitsschluß hält nämlich vor dem Ausgangsthor der Fabrik ein solcher Wagen mit der Au[illegible]

Leib Weihnachtskuchen und sein Kind.

Erzählung von Karl Emil Franzos.

33. Fortsetzung. — Nachdruck verboten.

XII.

Es war drei Wochen später, eine Nacht im Oktober, eine kalte, aber klare, helle Herbstnacht. Zwanzig Tage und Nächte hatte der Regen vom Himmel herabgeströmt, dicht, endlos, in betäubender Wucht, wie ein Strafgericht des Himmels, als sollte alles Leben in den armseligen Flecken und Dörfern der Ebene ausgetilgt werden. Die Straßen waren unwegsam geworden, die Aecker um Halicz und die Gäßchen des Marktfleckens ein schlammiges Meer, durch das Mensch und Thier trübselig watete. Der Dniester war ausgetreten, die Schiffbrücke, die Halicz mit dem jenseitigen Ufer und der Dampfsäge verband, stand seit einer Woche unter Wasser; Kähne vermittelten den Verkehr. Graue, kalte Fluth, wohin das Auge blickte; sie stürzte vom Himmel nieder, schwoll dräuend aus der Erde empor. In dumpfem Bangen hatten die Menschen vor sich hingebrütet, bis sich endlich an einem Freitag Morgen die Nebel geklärt und die Sonne wieder hervorgebrochen. Sie beschien ein trostloses Bild, aber heitere Mienen.

Nur zwei Menschen in Halicz blieben trotz der Sonne noch immer in derselben dumpfen Betäubung wie bisher: Leib Weihnachtskuchen und sein Kind. Wie eine einzige, sternenlose Nacht waren ihnen diese drei Wochen vergangen, nicht allein die erste, wo sie in der armseligen Kammer der Schwester der Verstorbenen geschlossenen Laden, mit zerrissenem Gewand, auf der Erde hockend, die Todtenwacht gehalten und mit trüben Augen, die schließlich kaum noch Thränen fanden, in das Todtenlicht gestarrt. Acht Tage und Nächte muß diese Leuchte brennen; zur Erinnerung an die Todten, sagen die einen und die anderen meinen: damit die Seele, die ihre Wohnstätte hienieden verlassen und jene im Himmel noch nicht gefunden, ihre Ruhestätte auf Erden habe, wenn sie ängstlich die verlassenen Lieben umflattert und hülflos zusehen muß, wie sie ohne das Leben auf dieser harten Erde fortfristen müssen. Leib Weihnachtskuchen war ein frommer Mann, dem jeder Aberglauben fern war; er wußte wohl, daß Er, der Allgütige, die Seele der Todten in seinen Himmel aufgenommen und daß nun alle Leiden und Sorgen der armen Chane zu Ende seien. Dennoch krampfte sich sein Herz zusammen, so oft das Lichtlein im Windzug flackerte, und Miriam vollends begann zu zittern und schlug sich an die Brust. Dann legte der Vater den Arm um sie und drückte sie fest an sich. Er fragte nicht, was in der Seele des geängstigten Kindes vorging, auch sie sprach es nicht aus.

Aber zu einer solchen Aussprache kam es auch nicht, als die Trauerwoche vorüber war. Für Leib und seine Tochter war sie noch nicht vorüber, und es war ihnen beiden zu Muthe, als sollte sie nie wieder zu Ende gehen. Aber die Leute, bei denen sie Aufnahme gefunden, Schwester und Schwager der Verstorbenen, traten in derselben Stunde, wo die von der frommen Satzung vorgeschriebene Zeit abgelaufen war, vor sie hin und fragten, was es nun werden solle. Noth macht hart. Die blutarmen Leute hatten die beiden bei sich aufgenommen, weil dies heilige Pflicht war, und sie hatten dies nicht einmal allzuschwer empfunden, weil die Trauernden selbst die kärgliche Speise, die sie ihnen vorsetzten, fast unberührt ließen, aber nun brauchten sie ihre Kammer und das wenige, was sie selbst zu verzehren hatten.

„Ich weiß nicht . . .", murmelte Leib, als sie ihn fragten. „Ich . . . Laßt mir noch eine Weile Zeit zum Ueberlegen . . ."

Noth macht hart. „Was ist da zu überlegen?" sagte der Schwager, Schmul Ledermann. „Ihr habt ja Euer Geschäft in Winkowce. Krumm-Schimmele wird nicht ewig für Euch draußen bleiben wollen. Und wenn auch? Das ist ja doch Euer Brod und nicht seines; Ihr muß hin!"

Die Miriam hatte bisher kaum zugehört, nun aber verstand sie und zuckte angstvoll zusammen. „Nicht heim!" stieß sie bebend hervor und schloß die Augen.

„Was soll das heißen?" rief ihre Tante Rachel und stemmte die Arme in. „Wer bezahlt für Euch, wenn Ihr hier bleibt? Der Alte drüben? Es soll mir recht sein, nur müßt' er's uns sagen!"

„Der Alte?" fragte das Mädchen erstaunt und strich sich dabei das Haar aus dem blassen Antlitz. „Welcher Alte?"

Die Frau wurde verlegen. Es fiel ihr nun bei, daß Miriam noch immer nichts von ihrer Verlobung wisse. In diese Weise, in dieser Stunde durfte sie es nicht erfahren. „Ich dachte —", stotterte sie „Reb Froim, der uns gegenüber wohnt — Er war zwar beim Begräbniß vollständig leid, aber bezahlen kann er für Euch nicht —"

„Später —" bat Leib nochmals.

Schmul Ledermann zuckte die Achseln. „Wie Ihr wollt," sagte er. „Aber was soll da beim Warten Vernünftiges herauskommen?"

Als die beiden wieder allein waren, faßte Leib die Hand der Tochter mit der Linken, mit der Rechten strich er ihr leise das Haar aus der Stirn. Er fragte nicht, warum sie nicht an die Stätte zurückkehren wolle, wo ihr ein furchtbares Bild vor der Seele gestanden, warum sie dem Janko nicht mehr begegnen wolle; er verstand es ganz. Alles verstand er, und in seinem weichen, schmerzlich wühlten, mitleidsvollen Gemüth hallte es wieder. Sie wußte, daß sie ihm nichts zu sagen brauche, sie lehnte den Kopf an seine Brust und weinte sich wieder einmal aus, so oft in diesen Tagen.

Während die beiden noch so beisammen saßen

schrift „Bestellt". Die Arbeitswilligen, von Werkbeamten geleitet, steigen ein. Vorn und hinten plaziren sich Gendarmen, und schnell fährt die Gesellschaft davon, wie wenn das böse Gewissen sie plagte. Der Zug macht auf jeden Passanten den Eindruck, als wenn nicht Arbeiter, sondern Verbrecher transportirt würden.

Eine sächsische Armenhausidylle. Vom Landgericht in Chemnitz wurde vor einiger Zeit der Vorsteher der Armenanstalt Harzer in Gelenau wegen ungehöriger Behandlung von Armenhausinsassen zu 50 Mark Geldstrafe verurtheilt; gegen das Urtheil rief er die Entscheidung des Reichsgerichts an. Nach der Verhandlung vor dieser Instanz ist es den Korrektionären verboten, Schänkwirthschaften zu besuchen und bis nach 10 Uhr Abends auszubleiben. Den Invaliden H., der nicht Korrektionär, sondern nur Versorgter der Anstalt ist, traf der Angeklagte Abends in einer Wirthschaft. Da H. der Aufforderung des Angeklagten, nach Hause zu gehen, nicht Folge leisten wollte, so packte Harzer den H., um ihn herauszubringen, schlug ihn und brachte ihn ins Armenhaus. Er sperrte ihn in eine Zelle, entließ ihn aber bald wieder. Das Gericht hat angenommen, der Angeklagte habe sich für berechtigt gehalten, den H. aus dem Wirthshause zu bringen und ihn einzusperren, dagegen hat es als festgestellt angesehen, daß er sich nicht berechtigt halten durfte, den H. zu schlagen. „Nur" Korrektionäre, so heißt es im Urtheile, dürfen geschlagen werden, aber nicht mit der Hand, sondern „nur" mit den dazu bestimmten Instrumenten. Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsgericht verworfen. — Nach den vom Reichsgericht festgestellten Thatsachen ist also in sächsischen Armenhäusern die Prügelei nicht nur zugelassen, sondern sie ist eine wohlgeregelte Einrichtung mit besonderen Instrumenten für die entehrende Züchtigung. Und das am Anfang des 20. Jahrhunderts!

Polizeiliche Praxis. Im ultramontanen Münster in Westfalen wurden vor einiger Zeit drei junge Damen und ein Herr von der Polizei sistirt und erstere in Haft behalten. Die drei jungen Damen waren von auswärts gekommen und hatten in der Nacht den Zug verpaßt, weshalb sie mit einem jungen Bekannten verschiedene Restaurants besuchten. Der Polizeisergeant D. machte den Polizeiwachtmeister Minier auf die Leute aufmerksam und nun folgte die Verhaftung, ohne daß sich die Verhafteten auch nur das geringste Vergehen haben zu Schulden kommen lassen. Die Unschuld stellte sich bei der Vernehmung auch sofort heraus. Es erfolgte Haftentlassung und gegen die Beamten eine Klage wegen Freiheitsberaubung, die jetzt vor der Strafkammer in Münster zum Austrag kam. Der Polizeisergeant berief sich auf die polizeiliche „Praxis"; vielfach seien Verhaftungen von Personen vorgenommen worden, die nicht unter sittenpolizeilicher Aufsicht gestanden, sich aber „verdächtig" gemacht hätten. Es sei nie gerügt worden. Das bestätigte ausdrücklich ein als Zeuge vernommener Polizeikommissar. Hierher gehörige Instruktionen seien ihm, außer einer solchen vom Jahre — 1820 nicht bekannt. Dem angeklagten Wachtmeister war der junge Mann als etwas leichtlebig bekannt gewesen, weshalb ihm das „Herumtreiben" verdächtig gewesen wäre. Auch der Wachtmeister beruft sich auf die Praxis. Nie sei etwas gefolgt, wenn einmal falsche Verhaftungen vorgenommen worden wären. Der Staatsanwalt beantragte Freisprechung, da nicht nachgewiesen sei, daß die Angeklagten absichtlich ihre Befugnisse überschritten. Dem schloß sich der Gerichtshof an. Zu untersuchen, ob Minier sich habe eingehender erkundigen müssen, sei nicht Sache des Gerichts, sondern seiner Vorgesetzten. Jetzt braucht man sich nicht zu wundern, wenn die polizeilichen Uebergriffe in Preußen nicht ab-, sondern zunehmen.

Der famose Karl Schulze, der, wie mehrfach von uns gemeldet, „zur Förderung und Hebung der Kultur in Afrika" sich Kautionen in Höhe von 20 und 100 Mark erschwindelte, ist dieser Tage vom Landgericht München zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt worden. „Karl Schulze" war in Wirklichkeit ein stellenloser 21jähriger Kaufmann Johann Moser aus Frankfurt a. M. Wie lukrativ sein Schwindel war, zeigt der Umstand, daß, während er schon in Untersuchungshaft saß, noch über 500 Briefe, zahlreiche Postanweisungen im Gesammtbetrage von 1664,61 Mark und sieben Einschreibebriefe, welche die geforderten Kautionen enthielten, an die Adresse des „Karl Schulze" einliefen.

Der Kastengeist! Wie ein Tübinger Blatt erzählt, besuchte dort unlängst die Frau eines nach Tübingen berufenen Professors die höhere Töchterschule. Sie ging in das Schulzimmer der 6. Klasse in Begleitung eines Reallehrers. Letzterer rief alsdann die Namen der anwesenden Töchter von Universitätsprofessoren auf, und nun stellte die Frau Professor die aus den Schulbänken getretenen Mädchen ihrer Tochter mit den Worten vor: „So, mit diesen Mädchen darfst Du Umgang pflegen" — sprach's und verschwand. — Daß das Gespenst des Kastengeistes nicht bloß in Posen ein freches Unwesen treibt, dafür ist vorstehendes Geschehniß sehr bezeichnend.

Ledige Mütter. Vor dem Bezirksgerichte Neubau in Wien stand dieser Tage ein Dienstmädchen des Diebstahls angeklagt. Im Verlauf des Verhörs vernahm der Richter, daß die Angeklagte Mutter ist. Daraufhin entspann sich folgender Dialog: Richter: „Sie sind ja gar net verheirathet, wie kann ma denn da a Kind kriegen!" Angeklagte (kurz): „Ledige Leute kriegen aa Kinder." Richter: „Ja, leider!" (Dann zur Angeklagten sich wendend): „Schamen S' Ihna!" Zu dieser originellen Zurechtweisung bemerkt die „Wiener Allgemeine Zeitung": „Man mag überzeugt sein, daß der Richter, der so energisch für die Moral eintritt, von seiner Aufgabe, die Angeklagten zu bessern und zur Tugend zurückzuführen, durchdrungen ist. Es fragt sich nur, ob dies auch zu seinen Befügnissen gehört. Der Richter hatte doch wohl nur zu entscheiden, ob die Magd gestohlen hat oder nicht, ob ihre Sittenstrenge zu wünschen übrig läßt, stand in gar keiner Beziehung zu dem Delikt, über das der Richter zu urtheilen hatte. Vollends neu aber ist auch die Art, in welcher der Herr Richter Moral predigt. Jeder kann seine eigenen Moral-Anschauungen haben, und wir wüßten nicht, warum sich die arme Magd schämen sollte, wie der Richter dies wünscht. Man sollte doch glauben, daß wir über die Zeit schon hinaus sind, in der man allen Schimpf auf die ledigen Mütter niedergehen ließ; es ist schon lange her, seit man zu der Erkenntniß kam, daß nur unnatürliche Dinge wirklich unmoralisch seien, eine Wahrheit, die offenbar noch nicht zu dem Neubauer Bezirksrichter gedrungen ist."

Eine scheußliche Hinrichtungsszene wird dem „Daily Expreß" aus Amerika gemeldet. In dem Hackensack-Gefängniß von New-Jersey sollte ein Mörder Namens Williams dieser Tage hingerichtet werden. Als die Gefängnißwärter ihn aus der Zelle abholen wollten, setzte der Verurtheilte, der sich eine Bleiröhre verschafft hatte, ihnen so heftigen Widerstand entgegen, daß man ihn mit Hülfe der Feuerspritze überwältigen mußte. Er wurde schnell gebunden und nach dem Schafott getragen, auf dem ganzen Wege schreiend und zappelnd. Den Zuspruch des Geistlichen wies er mit fürchterlichen Flüchen zurück und stieß bis zum letzten Augenblick Verwünschungen aus.

Standesamtliche Nachrichten

vom 14. bis 20. September 1902.

Geburten.

a) Knaben. Namen und Beruf des Vaters.

8. September. Schneider Hermann Joachim Friedrich Wilhelm Widow. 9. Bureaugehülfe Heinrich Carl Ludwig Langhoff. 10. Bauarbeiter Johannes Heinrich Friedrich Sievers. Buchhalter Ernst Johann Heinrich Ketelhohs. Schlosser Diedrich Johannes Fritz Böttcher (Wilhelmshöhe). 11. Werkmeister Carl Hugo August Heinrich Moeller. Fuhrmann Julius Armus Friedrich Löding. Zimmermeister August Leopold Christian Keck. Arbeiter Wilhelm Heinrich Ludwig Steffens. 12. Buchdrucker Wilhelm Gustav Friedrich Krüger. Arbeiter Heinrich Joachim Friedrich Spindler. Schlachter Johann Heinrich Friedrich Wagener. Maler Friedrich Johann Christoph Regin. 14. Arbeiter August Heinrich Hans Sommer. Techniker Heinrich Joachim Friedrich Wigger. Träger Friedrich Johann Ludwig Dörwald. 15. Arbeiter August Richard Robert Zaltzewski. Arbeiter Johann Joachim Heinrich Kalkhorst. Schreiber am Stadt-Bankbureau Friedrich Hermann Havoldt. 16. Maurer Hans Heinrich Wilhelm Thode. Laternenwärter Hans Heinrich Friedrich Rohweder. Maler Julius Carl Heinrich Tiedemann. 17. Maurer Wilhelm Heinrich Julius Haake. Bäcker Carl Heinrich Hans Schröder. Arbeiter Karl Hans Heinrich Barnck. 18. Maler August Gotthilf Leberecht Erdmann Rubbert. 19. Schneider Ludwig Johann Christian Willwater. Schutzmann Joseph Franz Hübler. 20. Kaufmann Paul Ernst Reimpell.

b) Mädchen. Name und Beruf des Vaters.

8. September. Friseur Robert Heinrich Sass. Restaurateur Andreas Wilhelm Adolph August Ludwig Löding. 9. Uhrmacher Max Willibald Dawartz. 11. Arbeiter Carl Friedrich Sonntag. 12. Maler Emil Carl Heinrich Schwarzdorf. Kaufmann Carl Heinrich Friedrich Hering. 14. Eisenbahn-Wagenschieber Wilhelm Fritz Joachim Griem. 15. Dienstmann Carl Johann Faasch. Kutscher Johann Jochen Ludwig Kaack. Milchhändler August Christian Friedrich Scheel. 16. Schlosser Hinrich Friedrich Theodor Fiehn. 18. Arbeiter Hermann Johannes Peter Ehlers. Lohndiener Carl Hermann Johannes Engelhardt. Stellmacher August Wilhelm Carl Johann Mewe.

Sterbefälle.

13 September. Ein todtgeb. Mädchen, V.: Lokomotivheizer Friedrich Heinrich Joachim Dorendorf. Christiane Marie Sophie geb. Penzien, Ehefrau des Privatmannes Hinrich Joachim Christoph Becker, 75 J. Johanna Maria Emilie Auguste Blayt, 2 M. Hufner Thomas Hinrich Schröder, 74 J., aus Dakendorf. 14. Johannes Carl Wilhelm Schütz, 1 J. Zimmermeister Friedrich August Hasdicke, 58 J. Fritz Albert Schelewsky, 18 T. 15. Gustav Adolf Eduard Klein, 3 M. Paula Anna Minna Schoof, 3 M. Bertha Agnes Henrica Bardet, 75 J. Sophie Marie Elisabeth geb. Lüth, Wittwe des Arbeiters Johann Friedrich Bohnhoff, 78 J. Anna Reinfeldt, 4 T. Eisenbahn-Assistent Carl Gottfried Heinrich Dittmer, 42 J. Schuhmachergeselle Hermann Emil Carl Frick, 23 J. 16. Anna Maria Christina geb. Lütje, Wittwe des Arbeiters Hans Jochen Heinrich Krieger, 75 J. Ein todtgeb. Knabe, V.: Wagenlackirergehülfe Rudolf Heinrich August Lorenz. Ferdinand Carl Johannes Lembcke, 4 M. 18. Elsa Dorothea Wilhelmine Louise Griem, 4 T. Anna Catharina Margaretha geb. Quaas, Ehefrau des Privatmanns Friedrich Carl Wilhelm Meyer, 84 J. Erich Johannes Carl Burmester, 1 J. 5 M. Otto Friedrich Schwaim, 10 T. Bertha Wilhelmine Henriette Schalk, 9 M. 19. Hauszimmergehülfe Hermann Christian Fritdrich Dreß, 57 J. Schlachter Carl Emil Janke, 41 J. Georg August Arnold Heinrich Otto Oldenburg, 4½ J. 20. Ella Sophie Dorothea Magdalena Dankert, 13 J. Marie Johanna Elisabeth Henriette Betty Rockstien, 4 J. 9 M.

Angeordnete Aufgebote.

15. September. Maurer Arthur Johannes Ernst Thrun und Sophie Marie Luise Gatermann. Kaufmann Franz Heinrich Wilhelm Möller und Christine Anna Juliane Rüssau. Schneider Friedrich Herrmann Otto Nahrstedt und Amanda Albertina Sibliv. Tischler Heinrich Ludwig Christian Sachau und Ida Bertha Emilie Sachau. Bonbonkocher Hans Heinrich Christian Schuster und Auguste Johanna Maria Hamann. 16. Kellner Carl Paul Heinrich Friedrich Clorius und Anna Catharina Alwine Westfehling. Musiker Heinrich Friedrich Reimer zu Ratekau und Magdalene Dorothea Lisette Anna Hoffmann. Schriftsetzer Johannes Carl Friedrich Wilhelm Hummel und Maria Dorothea Elisabeth Schuster. Maschinenbauer Gustav August Schildfat und Magdalene Anna Henriette Kranz. Cigarrenfabrikant August Hermann Johannes Wilhelm Ralfs zu Niönitz und Anna Hedwig Marie Pilz zu Garden. 17. Lehrer Johann Heinrich Thomsen und Frieda Maria Margaretha Köster zu Groß Klinkrade. Wagenschieber Johann Joachim Friedrich Derlin und Catharine Maria Louise Bartley zu Seeretz. Schutzmann Bernhard Hugo Vennemann und Emma Margaretha Maria Mahnke zu Harmsdorf. Zimmermann Heinrich Johannes Friedrich Rieck und Maria Henriette Wilhelmine Siem. Arbeiter Friedrich Johann Heinrich Wiencke und Lisette Magdalena Maria Wulf zu Klein-Salitz. Arbeiter Emil Reinhard Fredrich und Anna Emilie Reeder, beide zu Rossau. 18. Former Hermann Moritz Friedrich Max Dietz und Frieda Luise Emma Cordts zu Niendorf an der Ostsee. Lehrer Friedrich Hermann August Dörr und Emma Elisabeth Magdalena Köster zu Groß-Klinkrade. Schlachtermeister Carl Ludwig Christoph Stechel zu Wismar und Christine Maria Elisabeth Rathmann. Arbeiter Heinrich Carl Wilhelm Schuppenhauer und Marianna Reitzka. Feuermann Heinrich August Ernst Hamann und Anna Johanna Marie Schnaack. Schmied Heinrich Joachim Ludwig Täcker und Anna Sophia Mina Jensen. Bureaubeamter Carl Heinrich Schulz und Maria Carolina Heuer. Haussohn Johann Harjes zu Kührstedt und Anna Dorotha Wohlers zu Drangstedt. 19. Schornsteinfegermeister Carl Heinrich Friedrich Ernst Barthauer zu Sandersheim und Wittwe Louise Caroline Pischke geb. Bruns. Maurer Heinrich Peter Christian Friedrich Münder und Catharina Louise Maria Jacobsen zu Gothmund. Arbeiter Fritz Paul Ernst Süllmann und Anna Maria Katharina Weber. Arbeiter Johannes Georg Friedrich Jäncke und Ida Wilhelmine Caroline Kolz. Stationsarbeiter Wilhelm August Ernst Suhrcke und Emma Caroline Catharine Petersson. Eisendreher Johannes Konrad Ludwig Wieser und Auguste Sophie Callies. Weinhändler Johann Christian Bartels und Elisabeth Regine Dorothea Keding zu Rostock. Brauer Friedrich Wilhelm Georg Kaufmann zu Halberstadt und Marie Margaretha Lisette Kolbow. 20. Hülfsweichensteller Wilhelm Heinrich Friedrich Pals zu Schlutup und Emma Maria Catharina Barkmann zu Groß-Schenkenberg. Wirthschaftsgehülfe Carl Joachim Heinrich genannt Hans Fahrenkrug zu Lüdersdorf und Elisabeth Christina Sophie Margaretha Möller. Schmied Heinrich Ferdinand Benthien zu Grömitz und Alma Magdalena Cäcile Böcken. Bauführer Friedrich Heinrich Peter Rebieu zu Adlershof und Christine Catharine Heriette Beeck zu Klein-Mühlen. Lehrer Hans Johannes Jensen und Minna Maria Martha Lemburg.

Eheschließungen.

16. September. Tischler Friedrich Wilhelm Diedrich Dohse zu Hamburg und Henriette Hermine Mathilde Tiedt. Schuhmacher Paul Carl Ludwig Mücke und Louise Josephine Wilhelmine Blanck. 17. Postassistent Julius Friedrich August Wulff zu Altona und Franziska Dorotha Catharine Ohrtmann. 18. Glasreiniger Heinrich Eduard Adolf Kraus und Helene Wilhelmine Louise Burmeister. 19. Kaufmann Felix Brach und Bertha Kleve. 20. Schneider Friedrich Georg Wilhelm Heinrich Freitag und Karola Bothe.

Leib eine helle, quietende Stimme draußen nach ihm fragen. Er erkannte sofort, es war Meyerl Spazierstock. Sanft machte er sich aus den Armen der Tochter los und trat vor die Thür.

„Reb Leib," empfing ihn Meyerl herablassend, „ich bring' Euch was. Zehn Gulden bring' ich Euch." Er holte seine Brieftasche hervor und hielt ihm die Papiernote ausgebreitet entgegen. „Welches Glück Ihr habt! — Reb David denkt doch an alles! In Trauer sein, sagt er, ist bitter, und in Noth sein, ist bitter — aber beides zusammen ist zu viel für einen Menschen. Bring' ihm das Geld, sagt er, und wenn er mehr will, so kann er's auch haben. Und das Begräbniß, sagt er, ist schon bezahlt, und will sein Schwager Schmul für die acht Tage Kost und Wohnung eine Entschädigung, so will ich sie ihm auch geben. Ja, so sagt er," schloß Meyerl gönnerhaft, „Ihr seid zu beneiden, Reb Leib!"

Der unglückliche Mann stand mit gesenkten Augen da; seine Lippen bebten. „Ich danke . . .", murmelte er, „aber das Geld — Es ist ja — noch alles ungewiß — Ich muß doch erst mein Mirjamchen —"

Meyerl that, als traute er seinen Ohren nicht, vielleicht war es wirklich so. „Was?" schrie er gellend auf, „was ist ungewiß?! Und worüber müßt Ihr erst Eure Tochter fragen? Wollt Ihr die Partie —" die Stimme schien ihm zu versagen — „zurückgehen lassen?" ergänzte er dann schrieend.

Leib hob beschwörend die Hände. „Still," bat er. „Sie hört jedes Wort. Und wenn Ihr wüßtet, wie ihr jetzt zu Muth ist, wenn Ihr sie sehen würdet — es kann einen Stein erbarmen . . . Jetzt kann und soll sie es nicht erfahren," fuhr er mit flüsternder Stimme fort. „Und was das Geld betrifft — ich laß mich bei Reb David herzlich bedanken, aber ich hoff', es geht auch ohne dieses . . . Es wär' zum erstenmal in meinem Leben . . . Krumm-Schimmele ist ein ehrlicher Mann, er ist aus „Mizwe" (um ein frommes Werk zu thun) hinausgezogen, ich hoff' er hat Geld für mich und bleibt auch länger draußen, wenn ich ihn darum bitte . . ."

Meyerl hatte sich gefaßt; desto verblüffter stellte er sich. „Verzeiht," sagte er und legte die Hand auf die Stirne, „aber mir scheint, Euch hat der Trauerfall Euer bischen Verstand — — verzeiht, aber was soll man davon denken?! Ihr weiset das Geld zurück, Ihr habt auch ohnehin genug, sagt Ihr! Und woher kommt Euer plötzlicher Reichthum? Weil Krumm-Schimmele inzwischen Euer Verwalter war und auch noch länger dort bleiben will! Bisher hab't Ihr allein nicht von der Schänke leben können, und jetzt soll's plötzlich für zwei Familien reichen, Euch und Euren Verwalter?! Das ist verrückt, Reb Leib, verzeiht, aber da paßt kein anderes Wort . . ."

Der Aermste schwieg und blickte dann den Zwerg hilflos an. „Ihr mög't Recht haben," murmelte er. „Ich will's ja auch ordnen . . . Aber jetzt . . . jetzt weiß ich nur zweierlei: ich kann kein Almosen annehmen und kann nicht in die Schänke zurück."

„Warum?!" fragte Meyerl, und sah den anderen lauernd an.

„Weil mein Mariamchen sich davor fürchtet," war die Antwort. „Ihr müßt bedenken, welche furchtbare Erinnerung der Tod der Mutter für sie ist . . ."

„Und ist das der einzige Grund?" fragte der Zwerg, und die quietende Stimme klang scharf, wie ein Messer.

Leib schlug den Blick zu Boden und erröthete. Lügen konnte er nicht und diesem Menschen die volle Wahrheit sagen auch nicht. Er durfte niemand gestehen, daß Mirjam auch deshalb nicht nach Winkowce zurück wollte, um dem Janko nie wieder zu begegnen. Der junge Bauer war an dem Tod ihrer Mutter mitschuldig und doch derselbe Mensch, mit dem sie von Kindheit auf vertraut gewesen und sie wollte ein ehrlich jüdisch Kind bleiben — oh, er verstand alles! . . Aber die Anderen?!

„Warum schweigt Ihr?" fragte Meyerl womöglich noch schärfer. „Sollte es wahr sein — um Himmelswillen" — er faßte Leibs Arm, und der Schrecken, der sich nun auf seinem Gesicht ausprägte, war nicht geheuchelt, — „sollte es wirklich wahr sein, was die Kasia —"

„Die Kasia?! . . . Was erzählt sie? Sie ist eine Lügnerin!"

„Möge es Gott so fügen, daß sie auch da gelogen hat," erwiderte der Zwerg erregt, und der Wunsch war ehrlich gemeint. „Sie sagt, der Janko wäre —"

„Nun?!" rief Leib außer sich und faßte den Zwerg an der Schulter.

„Der Janko — verzeiht man soll so was nicht über die Lippen bringen, und ich hätt' auch geschwiegen, aber da Ihr mir nicht sagen wollt, warum sie nicht heim will, und so verlegen seid — also: der Janko, sagt die Kasia, ist der Liebhaber Eurer Tochter!"

„Lüge!" stieß der Kleine hervor, und sein Antlitz färbte sich dunkelroth vor Schmerz und Entrüstung. „Elende Verleumdung!"

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verlag: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.